

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- *Landtagswahlen: Neue Kombinationen möglich, Chancen für die Linkspartei – Seite 4*
- *Kurdistan: Kriegsähnliche Zustände in den Städten – Seite 6*
- *Hartz IV – Armut breitet sich aus – Seite 12*
- *Linke Schule: Zum Thema Arbeitsmarkt – Seite 15*
- *Das Folterverbot im Rechtsstaat – Seite 18*

Ausgabe Nr. 7 am 6. April 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de - Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Merkel überspielt SPD

FAZ 4.4. maf. Bekanntlich war die der Streit um die Nutzung der Kernenergie ein schwieriger Punkt bei der Bildung der großen Koalition. Kanzlerin Merkel, die an diesem Punkt der SPD nachgab, hat nun einen Weg gefunden, die im Koalitionsvertrag geregelte Frage neu aufzutischen. Sie weist laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ darauf hin, dass man ein über die Laufzeit der Koalition hinaus wirkendes Energiekonzept ausfertigen müsse. Deshalb müsse „über alles“ gesprochen werden. Auf diese Weise kann Merkel dem Koalitionsvertrag treu bleiben und die Fortsetzung der Atomenergiegewinnung betreiben.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sinkt weiter

Handelsblatt, 31.3./1.4. rül. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist auch unter der neuen Bundesregierung weiter rückläufig. Im Januar lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach den Ende März vorgelegten neuesten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit erneut etwa um 160000 unter der Vorjahreszahl. Das entspricht einem erneuten Rückgang um etwa 0,6%. Damit hat sich der Abbau regulärer Jobs und ihre Umwandlung in Mini- und andere Prekarjobs zwar nicht beschleunigt, hält aber weiter an. Überproportional war der Rückgang im Bereich Bergbau/Steine und Erden (minus 5,3%), im Baugewerbe (minus 4,6%), im Kredit- und Versicherungsgewerbe (minus 1,9%, Ackermann lässt grüßen!) und im verarbeitenden Gewerbe (minus 1,7%). Auch die Einnahmen der Sozialkassen dürften damit weiter sinken, zumal die Einkommen der Beschäftigten im letzten Jahr ebenfalls erneut gesunken sind. Die Bertelsmann Stiftung kommt in ihrem neuen „Standortcheck Deutschland“ zudem zu dem Ergebnis, dass hierzulande so viele über 50-jährige Menschen arbeitslos sind wie in keinem anderen von 21 führenden Industriestaaten. Dies sei „umso erstaunlicher“, als die Erwerbsbeteiligung (Beschäftigte plus arbeitsuchende Erwerbslose) in dieser Personengruppe mit 44% ohnehin im internationalen Vergleich besonders niedrig ist.

Mini-Jobs: Künftig teurer?

iwd, 30.3. alk. Unter dem Titel „Gefahr im Verzug“ wendet sich das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln gegen die geplante Neuregelung bei Minijobs. Die Bundesregierung will bis zum Sommer die Regelungen für geringfügige Beschäftigung zu ändern. Es drohe eine Abgabenerhöhung und damit seien

200000 bis 500000 dieser Arbeitsplätze gefährdet, meint das Unternehmer-Institut. Nach der letzten Mini-Job-Reform der Regierung Schröder 2003 kam es zu einer deutlichen Zunahme dieser geringfügigen Beschäftigung (vermutlich um 1,5 Millionen). Mit dem Haushaltsgesetz plant die Bundesregierung nun, die pauschalen Arbeitgeberbeiträge für Mini-Jobber zur Jahresmitte von zuvor 25 auf 30 Prozent anzuheben. Für die Beschäftigten ändert sich nichts, aber für die Arbeitgeber verteuern sich die Arbeitskosten um 4 Prozent. So sieht es das Institut der Deutschen Wirtschaft. Man kann es aber auch so sehen, dass die steuerfinanzierte Subventionierung für geringfügige Beschäftigung gesenkt wird. Denn die Änderung führt weder zu Mehreinnahmen bei den Sozialkassen noch zu höheren Ansprüchen der Minijobber. Allein der Bundeszuschuss an die Sozialkassen soll um einen entsprechenden Betrag gekürzt werden.

Wohnungsneubau weiter rückläufig, Mieten steigen

Faz/Ifo, 30./31.3. scc. Mit 240 000 fertig gestellten Wohnungen ist der Wohnungsneubau 2005 auf den tiefsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik gefallen. Er hat sich seit 1995 (knapp 540 000) mehr als halbiert, innerhalb der EU liegt die BRD mit weniger als drei Wohnungen pro 1000 Einwohner auf dem viertletzten Platz. Im gleichen Zeitraum ist die Bevölkerung zwar geschrumpft, die Anzahl der Haushalte hat jedoch, vor allem in Westdeutschland, noch erheblich zugenommen. Die sich vor allem in Großstädten erneut abzeichnende und von mehreren Institutionen prognostizierte Wohnungsnot wirft ihre Schatten voraus: Die Mieten, die zwischen 1995 und 2000 eine rückläufige Tendenz aufwiesen, steigen seit 2000 wieder an, insbesondere in Metropolregionen und insbesondere für Wohnungen mit „einfachem Wohnwert“. In diesem Segment sind in Großstädten die Mieten seit 2000 um 10% gestiegen, hochwertigere Wohnungen dagegen um 5%.

Bayerisches Gruselkabinett

PB By Staatsreg. 4.4. maf. Die Regierung des Freistaats Bayern stellt Zugewanderte unter Ausnahmerecht. Nach einer Phase bösartiger Polemiken setzt die Staatspartei nun die Verwaltungsapparate in Gang. Originalzitat aus einer Pressemitteilung der Staatsregierung: „... Bayern führt als erstes Land konkrete persönliche Sanktionen gegen Ausländer ein, die Integration konsequent verweigern. Erstens werden ausländische Eltern, die ihre Kinder nicht

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

am Sprachtest und am Deutschkurs teilnehmen lassen, künftig mit einem Bußgeld bestraft. Zweitens werden die Grundschulen in ganz Bayern die Ausländerbehörden informieren, wenn ein ausländisches Kind nicht ausreichend Deutsch spricht. Die Ausländerbehörde erhält damit Kenntnis über die mangelnde Integration einer ausländischen Familie und kann die Eltern zu einem Integrationskurs verpflichten ...“ Neben vielen anderen Punkten will man auch früher übliche Sittennote wieder einführen: „Bayern legt jetzt auch per Gesetz eindeutig fest, dass im Schulzeugnis das Verhalten und Betragen der Kinder bewertet wird. Die Benotung des Sozial-, Lern- und Arbeitsverhaltens wird damit auf eine klare Rechtsgrundlage gestellt.“ – Wir hoffen in der nächsten Ausgabe der PB von lebhaften Protesten gegen dieses autoritäre Gesamtpaket berichten zu können.

WM: 7.000 Soldaten im Einsatz und in Bereitschaft

Handelsblatt, 31.3. / Berliner Zeitung, 30.3. rüll. „Für die deutschen Sicherheitsbehörden ist die kommende Fußballweltmeisterschaft die größte Herausforderung seit den Olympischen Spielen 1972 in München“ („Berliner Zeitung“). So und ähnlich lassen sich derzeit Innenpolitiker von Bund und Ländern aus. Die „Berliner Zeitung“ schreibt, das seit 2001 entwickelte „nationale Sicherheitskonzept“ sei mehrere hundert Seiten dick und „dient als Vorlage für ein dicht gewebtes Sicherheitsnetz, das ... es in dieser Komplexität noch nie gegeben hat“. Fingerabdruckkontrollen, Videoüberwachung aller Stadien, auf je 50 Zuschauer ein Zivilpolizist im Stadion, Sonderausweise für Anwohner in der Nähe der Stadien, damit diese noch in ihre Häuser kommen, Luftraumüberwachung durch die Bundeswehr und Reiseverbote für „Hooligans“ gehören dazu. Auf einer zweitägigen Sicherheitskonferenz stellte Innenminister Schäuble jetzt Teile des Konzepts vor. So soll die Nato während der WM den Luftraum mit Awacs überwachen, bei ausgewählten Spielen, etwa der US-Mannschaft, soll der gesamte Luftraum 50 Kilometer rund um das Stadion gesperrt werden. Ab Mai wird ein extra gebautes spezielles Lagezentrum in Berlin alle Maßnahmen koordinieren. Bundeswehr, BKA, Verfassungsschutz und BND sollen dort kooperieren – auf Grundlage welcher Gesetze, ist Schäubles Geheimnis. Das BKA hat 7 000 potentielle Hooligans in einer neuen Sonderdatei „Gewalttäter Sport“ erfasst, allein Großbritannien soll bereits 4 000 Hooligans mit Reiseverbot belegt haben. 2 000 Bundeswehrsoldaten will Schäuble bei der WM einsetzen, weitere 5 000 sollen in Bereitschaft stehen – auf Grundlage



Leipzig als Stützpunkt für weltweiten EU-Truppentransport

www.bmvg.de, 23.3. alk. „Heute ist ein wichtiger Tag für Nato und EU!“ So zitiert die Internetredaktion der Bundeswehr den Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung. Anlass ist die Inbetriebnahme der Strategic Airlift Interim Solution (SALIS) am 23. März in Leipzig. Künftig sind ständig zwei Transportflugzeuge des Typs Antonov AN-124-100 der gewerblichen Ruslan SALIS GmbH auf dem Flughafen Leipzig-Halle stationiert, die binnen 72 Stunden schwerste Lasten über große Distanzen transportieren können. Außerdem hat das Unternehmen sich verpflichtet, bei Bedarf binnen neun Tagen vier weitere Antonov bereitzustellen. Jeder dieser „fliegenden Güterzüge“ hat eine maximale Nutzlast von 120 Tonnen und kann damit 4.650 Kilometer weit fliegen. Nato und EU bekämen so einen verlässlichen und schnellen Zugriff auf Kapazitäten für den strategischen Lufttransport.

Die Initiative zu SALIS ergriffen die Mitgliedsstaaten der Nato im November 2002 auf ihrem Gipfel in Prag. Sie sahen dort Defizite bei ihren militärischen Fähigkeiten – so im strategischen Luftransport, denn der „Militär-Airbus“ A 400M wird erst ab 2010 bereitstehen. Nach und nach traten Kanada und 15 europäische Staaten der Vereinbarung bei. Noch während der feierlichen Indienststellung unterzeichnete Schweden das entsprechende Abkommen.

Mit dem Projekt haben jetzt die beteiligten Staaten die Möglichkeit, schweres Gerät (LKWs, Fernmeldeanlagen bis hin zu Hubschraubern) und Truppen rasch in jeden Winkel der Welt zu transportieren. Dass Leipzig der Standort ist und die Bundeswehr koordiniert, erhöht das Gewicht der BRD innerhalb von Nato und EU.

welcher Gesetze und Verfassungsbestimmungen?

50 Millionen Euro schwimmen lassen ...

FAZ, 4.4. maf. Der Internetunternehmer Dommermuth (1&1) bemüht sich um die Lösung einer ökonomischen Frage: Kann der Luxuskonsum so weit ausgedehnt werden, dass die Nachfrageschwäche der breiten lohnabhängigen Schichten ausgeglichen wird? 50 Millionen Euro, das gäbe schon eine ganz nette Prämie mit der die Beschäftigten, die für Herrn Dommermuth Kundennachfragen abwimmeln müssen, sich ordentlich was kaufen könnten. Aber es geht ja auch anders. Das Geld kann z.B. für Regattasport ausgegeben werden. Ein Drittel der 50 Millionen geht für den Bau eines neuen Boots drauf, das für die Saison 2006 gebraucht wird. Eigentlich bräuchte man zwei, falls eins kaputtgeht. Aber auch so: Super Arbeitsplätze

im Bootsbau – siehe Bild. Die Analyse des Verlauf der schwierig verlaufenen letzten Segelsaison (in der FAZ, wir berichteten in PB 21/05) ergab, dass man versäumt hätte, einen erfahrenen Hochseesegler anzuheuern. Vielleicht man es diesmal noch gründlicher an und lässt es gleich am Schiffsbauer fehlen? Auf vollen fünf Spalten der Beilage „Technik und Motor“ kultiviert die FAZ technische Begeisterung, endet aber damit, den Leiter des Bootsbau als „freundlich-sympathisch“ zu bezeichnen. Original-Schlussatz: „Wenn sie ihn treffen sollten, seien sie nett. Machen sie ihm Mut. Er kann es gebrauchen.“



Zusammenstellung: alk

Neue Kombinationen möglich, Chancen für die Linkspartei

Bei aller Verschiedenheit der Gegebenheiten in den drei Bundesländern können die Landtagswahlen doch auch allgemein bewertet werden. Union und SPD haben ihren Einfluss behauptet. Die Politik der großen Koalition kann weitergehen. Allerdings zeichnen sich in den Einzelergebnissen neue Kombinationen im Parteiengemenge ab.

In Baden-Württemberg hat das konservative Lager Günther Oettinger mit einem sehr guten Wahlergebnis als neuen Landesvater angenommen. Oettinger, der seinen Vorgänger Teufel aus dem Amt gedrängt hatte, ist nun entsühnt. Auf diesem Wege hat die Union darüber hinaus auch ihre strategischen Möglichkeiten um eine Verbindung mit den Grünen erweitert. Von der Seite der Union aus ergibt sich die Möglichkeit einer solchen Kombination aus einigen Zugeständnissen an Bedürfnisse der Lebensführung in der modernisierten Welt. Und wodurch werden die Grünen unionskompatibel? Eine wachsende Zahl von Wählerinnen und Wählern bei dieser Partei und auch bei der SPD, wie sie von der Rechtsanwältin Ute Vogt repräsentiert wird, neigt dazu, soziale Fragen auszublenden. Im Schattenreich dieser Befürchtungen hat die WASG in Baden-Württemberg ein Wahlergebnis von 3,1 Prozent erzielt, womit sie nur wenig unter dem Bundestagswahlergebnis der Linkspartei mit damals 3,8 Prozent liegt.

In Rheinland-Pfalz kam die SPD zu ihrem Punkt. Hier hat sich herausgestellt, dass die Partei ihre Anhängerinnen und Anhänger durchaus bis zu Urne locken kann, dann nämlich, wenn es realpolitisch um etwas geht. Eine Regierung Beck hat für Anforderungen aus den Bereichen der Sozialverbände mit sozialdemokratischer Tradition ein offenes Ohr. Diese Beziehungen waren den Wählerinnen und Wählern etwas wert. Das bekam vor allem die WASG zu spüren, die anders als in Baden-Württemberg erheblich unter den Ergebnissen der Bundestagswahl abschnitt (2,5 gegenüber 5,6 Prozent im September für die Linkspartei).

In Sachsen-Anhalt hat sich die Politik der großen Koalition den Weg gebahnt, so wie im Bund auf Kosten der FDP. Für die Zukunft bedeutsam ist, dass sich auch eine Mehrheit aus SPD und Linkspartei ausrechnen lässt, während die Grünen abermals scheiterten.

Die Kommunalwahlen in Hessen (siehe eigenen Bericht) waren von Verlusten der SPD bestimmt, die allerdings an vie-

len Orten von sehr guten Ergebnissen linker Listen begleitet wurden.

Neue Kombinationen – Rahmenbedingungen

Die große Koalition im Bund kann nach diesem Wahltag beruhigt die Föderalismusreform zu Ende bringen. Die damit verbundene neue Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern werden den Spielraum für neue Kombinationen in der Landespolitik erweitern. Zum Beispiel wird die Atomfrage nicht mehr Landeskoalitionen von Union und Grünen verhindern, man ist sowieso nicht zuständig.

Da die Einflussmöglichkeiten der Länder auf die Bundespolitik generell abnehmen, wird die Möglichkeit des parteistrategischen Einsatzes von Bundesratsmandaten abnehmen. Das wäre zum Beispiel für die Bildung roter Koalitionen in den Ländern von Vorteil.

Linke Parteibildung in der Landespolitik

Das Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz kam unerwartet und erklärt sich im Nachhinein leicht: Landesvaterbonus, Trend zur Stabilisierung der jeweiligen Regierung. Mit Blick auf die strategischen Möglichkeiten der Parteien deutet das Ergebnis – erstmals im Westen – an, was in den östlichen Bundesländern längst Sache ist. Wenn eine Konstellation gegeben ist, die Rot-Rot möglich macht, sollte eine Linkskraft für diesen Fall auch sachlich-inhaltlich gerüstet sein. Die herbe Abfuhr an die WASG-Kandidatur in Rheinland-Pfalz hängt wahrscheinlich mit dieser Problematik zusammen. Dieses Votum erzwingt geradezu eine programmatische Diskussion, die Staatsaufgaben auf Länderebene aus kritischer, linker Sicht entwickelt. Das ist sehr schwierig, weil hier Staatsmacht aufgestellt ist, die gegen die kritischen sozialen und politischen Bewegungen steht. Diese Situation der Konfrontation kann durch eine Strategie des Rückbaus von Umfang und Kompetenzen der Repressionsorgane nicht ausreichend in Rücksicht genommen werden, wahrscheinlich ist eine verbesserte Volksgesetzgebung, die die Macht des Staates eingrenzt, dabei hilfreich.

Linke Kommunalpolitik

Die Kommunalwahlen in Hessen liefern einen weiteren Anhaltspunkt für die Vermutung, dass die Bevölkerung linker, kapitalismuskritischer Politik auf

Hessen: Stimmen für Linke.WASG fast verdreifacht

Frankfurt am Main. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Hessen haben nochmals bestätigt, welche Chancen im Zusammengehen von Linkspartei und WASG bestehen. In den Städten Marburg, Frankfurt, Kassel, Offenbach und Gießen gelang es den linken Wahlbündnissen, jeweils mehr als 5% der Stimmen zu gewinnen. Hessenweit waren Linkspartei und WASG mit über 1400 Kandidatinnen und Kandidaten angetreten. In Frankfurt am Main erzielte das Wahlbündnis Die Linke.WASG 6,6% der Stimmen und stellt damit 6 Stadtverordnete. Gegenüber der Wahl 2001 – damals stand eine PDS/Offene Liste zur Wahl – wurde das Stimmenergebnis prozentual und absolut fast verdreifacht. In 12 der 16 Ortsbeiräten der Stadtteile ist das Wahlbündnis jetzt mit insgesamt 17 Sitzen vertreten. Vor fünf Jahren waren es nur drei. Von Bedeutung ist auch, dass die ÖkoLinX-Antirassistische Liste (Jutta Ditfurth u. a.) und die Europa Liste (vorwiegend italienische Linke) gegenüber 2001 ebenfalls leicht zulegen konnten und wieder in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind. Die Sozialdemokraten haben rund ein Drittel ihrer Stimmen (absolut) im Vergleich zur Wahl verloren und erreichten einen Stimmenanteil von 24%. Die CDU hat 16% (absolut) verloren, stellt aber weiterhin die größte Fraktion im Kommunalparlament (36%). Die Grünen konnten ihr Ergebnis – absolut und prozentual – in etwa halten (15%), obwohl bereits vor der Wahl nahezu fest stand, dass sie zusammen mit der CDU im Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung eine Koalition unter Ausschluss der SPD eingehen wollen.

www.pds-frankfurt.de

www.dielinke.wasg-ffm.de

ola

diesem Gebiet am ehesten eine Chance zu geben bereit ist. Dies mag damit zusammenhängen, dass kommunale Politik als Selbstverwaltung verfasst ist und bis zu einem gewissen Grade auch so organisiert werden kann. Auch hier sind Elemente von Bürgerentscheid und Erweiterung der Selbstverwaltung im Sinne von Beteiligung an der Haushaltsumstellung wichtig, sie müssen verbessert, in die politische Ordnung eingebaut und zur geübten Praxis der Bürgerinnen und Bürger werden.

Die Urabstimmung bei der WASG und linke Programmdiskussion

Nicht nur die Wahlen des letzten Monats

haben für die linke Parteibildung Zeichen gesetzt. Daneben hat auch die streitige Vorbereitung der Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ihre Schatten geworfen. Die dortigen Landesverbände der WASG bestehen auf eigenen, gegen die Linkspartei-PDS gerichteten Kandidaturen, die in dem Votum der Mitgliedschaft keinen ausreichenden Halt finden.

Die Hartnäckigkeit, mit der diese Option dennoch verfolgt wird, beruht auf einer politischen Differenz, die im Westen zwischen der „neuen Linken“ der sechziger Jahre und den anderen Linksparteien bestand. Die neue Linke war gegenüber dem Staatswesen kritisch eingestellt. In den Transformationsprozess von der SED zur PDS ist das linke Denken im Osten in eine ähnliche Richtung gegangen. In der Konsequenz bilden in der heutigen Linkspartei.PDS die Freiheitsrechte der Person das Fundament des Kampfes um Emanzipation. Diese Grundstruktur steht freilich im

Gegensatz zu vielen Traditionen des Denkens und der politischen Praktiken. Sie ist trotzdem bestimmend.

Gegenüber dieser Tradition, die im Westen teils von den Grünen institutionalisiert wurde, teils im außerparlamentarischen Raum fortlebte, besteht eine ältere, sozialdemokratische der Staatsbejahung. Der Staat erscheint in diesem Denken nicht als ein Notbehelf, dessen Rückbau Voraussetzung von Emanzipation ist, sondern als eine feine Sache, die nur leider von den Regierenden falsch eingesetzt wird. Für diese Ansicht steht Oskar Lafontaine. Mit seinem Namen und einer derartigen politischen Linie war der Erfolg der Bundestagswahlkampagne im Westen verknüpft. Die Wahlen in Rheinland-Pfalz zeigen jedoch, dass die Staats- und Regierungsfunktion auch von den Wählerinnen und Wählern der Linkspartei wesentlich pragmatisch nach dem Maßstab kleineren Übel gesehen wird.

Das Ergebnis der Urabstimmung der

WASG* spiegelt mit seiner doch eher niedrigen Wahlbeteiligung den Missmut wieder, der mit dem Verlust des Leitbildes eines starken, für Gerechtigkeit sorgenden Staats einhergeht. Das ähnelt der Situation der Nicht-Mobilisierung in Rheinland-Pfalz. Anderseits ist die klare Mehrheit doch bereit, neue Ufer aufzusuchen. Das kann nur gemeinsam mit der Linkspartei und in permanenten Kontakt mit den sozialen und politischen Bewegungen und dem bürgerlichen Engagement an den Orten erfolgen. Die guten Ergebnisse bei den hessischen Kommunalwahlen ermutigen dazu.

Bericht und Zusammenstellung: Martin Fochler, Alfred Küstler

* An der Urabstimmung beteiligten sich 6.745 der bundesweit 11.783 WASG-Mitglieder. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 57 Prozent. 78,3 Prozent stimmten mit Ja, 19,4 Prozent mit Nein, dazu gab es einige Enthaltungen und ungültige Stimmen.

Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit ist das Aufbruchsignal für eine neue Linke !

2. April 2006

Heute fand in Berlin eine Beratung des Parteivorsitzenden Lothar Bisky mit den Landesvorsitzenden der Linkspartei statt. Auf dieser Beratung wurde folgende gemeinsame Erklärung des Parteivorsitzenden und der Landesvorsitzenden der Linkspartei.PDS verabschiedet:

Das positive Votum der Mitglieder der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit hat dem Parteineubildungsprozess einen kräftigen Impuls gegeben. Die Basis der WASG hat entschieden. Er gibt uns, unseren Wählerinnen und Wählern und Sympathisanten das Signal: Wir meinen es ernst. Wir wollen das Land verändern und wir werden uns verändern. Für unsere politischen Partner bleiben wir verlässlich. Für unsere politischen Gegner werden wir unbequemer.

Jetzt wird es darauf ankommen, möglichst viele von denen, die eine Parteineubildung wollen, sich aber an der Urabstimmung nicht beteiligt haben, unsicher sind oder noch Fragen haben, im Rahmen der programmatischen Debatte und politischen Zusammenarbeit für die neue gemeinsame Partei zu gewinnen.

Die Wahlergebnisse vom 26. März sind eine Ermutigung für den Partei-

neubildungsprozess. Grundlage für das erfolgreiche Abschneiden war die Zusammenarbeit von Linkspartei. PDS und WASG. Die Parteineubildung wurde nicht abstrakt erörtert, sondern vor Ort auf den Weg gebracht. Das Kooperationsabkommen III hat einen Praxistest bestanden.

In Sachsen-Anhalt hat die Linkspartei.PDS zugelegt und konnte sich als zweitstärkste politische Kraft im Land behaupten. Es war richtig, als stärkste Oppositionspartei den Anspruch auf Regierungsübernahme deutlich zu machen.

In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg werden wir alles dafür tun, unsere landespolitische Kompetenz weiter zu entwickeln.

Vor allem die Kommunalwahlen in Hessen sind ein wichtiger Baustein für ein solides Fundament einer gesamtdeutschen linken Partei. Die Einsicht, dass Wahlen gemeinsam gewonnen werden oder gar nicht, führt sowohl in Städten wie Frankfurt (Main), Marburg und Offenbach als auch in Landkreisen wie Kassel, Wetterau und Groß-Gerau zu guten Ergebnissen.

Wir unterstützen das vom Parteivorstand vorgelegte Aktionsprogramm, das die Aufgaben der Linkspartei.PDS im Jahr 2006 beschreibt und auf dem 10. Parteitag in Halle beraten wird. Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit ist das Aufbruchsignal für eine neue Linke, ob in Opposition oder in Regierungsverantwortung. Die ganze Partei engagiert sich für die Wahlkämpfe in den Ländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sowie für den Kommunalwahlkampf in Niedersachsen mit dem Ziel, den politischen Einfluss der linken Kräfte in den Parlamenten zu

stärken. Die Linkspartei.PDS wird sich weiter einmischen und mit der Politik der Bundesregierung auseinandersetzen. Wir werden Vorschläge für die Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Energiepolitik unterbreiten. Dazu gehört die bundesweite Kampagne zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, die in Zusammenarbeit mit der WASG und der Bundestagsfraktion durchgeführt wird. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist ein Stopzeichen gegen Lohndumping und ein Versprechen, schrittweise auf einen existenzsichernden Lohn zu kommen. Wir wollen eine gesetzliche und solidarische Krankenversicherung für alle. Wir wollen die Fragen einer zukunftsfähigen und umweltverträglichen Energieversorgung unter den Bedingungen abnehmender fossiler Ressourcen und weltweit wachsendem Bedarf neu diskutieren.

Wir werden verstärkt in die geistige Auseinandersetzung zu Problemen unserer Zeit und den zukünftigen Weg der Gesellschaft eingreifen. Die von Linkspartei und WASG vorgelegten programmatischen Eckpunkte betrachten wir dafür als gute Grundlage. Wir befördern den konstruktiven und emanzipatorischen Meinungsstreit und wollen eine kulturvolle Debatte, die von Argumenten lebt. Wir wollen ein Programm der neuen linken Partei entwickeln, das die unterschiedlichen Traditionen und Programme aufgreift, aktuelle Positionen in der Linken begründet und Visionen formuliert. Wir wollen Menschen gewinnen und das Land verändern: Für faire Löhne, gerechte Steuern und gleiche Chancen für alle Kinder.

Streiknachrichten

Niedersachsen: 82,5 Prozent der Beschäftigten stimmten für den Tarifabschluss. 31.3. Der am 15. März zwischen ver.di und Kommunalem Arbeitgeberverband (KAV) in Niedersachsen ausgehandelte Tarifvertrag zur Arbeitszeit kommt bei den Gewerkschaftsmitgliedern gut an: Bei der Urabstimmung von Mittwoch bis Freitag dieser Woche votierten 82,5% von ihnen für das Ergebnis und ein Ende des Streiks. Lediglich 25% wären notwendig gewesen.

Hochzufrieden zeigte sich Niedersachsens ver.di-Landesbezirksleiter Wolfgang Denia: „Der fünfjährige Streik hat sich gelohnt. Der Versuch der Arbeitgeber, die 40-Stunden-Woche durchzudrücken, ist abgewehrt.“ Am Ende stehe ein Tarifvertrag – kein einseitiges Diktat, sondern eine Lösung am Verhandlungstisch. (...)



Die IG Metall steht in allen Tarifgebieten im Tarifkampf um Lohnerhöhungen; die Forderung beläuft sich auf 5%, die Arbeitgeber bieten 1,5%. In Nordbaden-Nordwürttemberg geht es außerdem um die tarifvertragliche Pause für Akkordarbeiter; hier fordern die Arbeitgeber die Abschaffung. Die Beteiligung an den Warnstreiks ist hoch.

wöchigen Streiks bei Kommunen und im Landesbereich aufzumachen und die weiteren Festlegungen für die Fortführung des Arbeitskampfes zu treffen.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand der neue Charakter des Streiks, auf den ver.di orientiert hatte, nachdem die Schlichtung am 19. März gescheitert war und die Arbeitgeber auch nach sechswöchigem Streik nicht zu einem Kompromissniveau wie in Niedersachsen und Hamburg bereit waren.

Streikmoral und Entschlossenheit sind in allen Streikbereichen ungeboren, so der Tenor der Berichte. Die spontane, unberechenbare und flexible Weise zu streiken, setzte allerorten viel kreative Phantasie frei. „Best practise“-Beispiele wurden gehandelt, die – wie das Beispiel der Überraschungsstreiks bei der Stuttgarter Müllabfuhr – sicher andernorts Schule machen werden.

Damit eine Streikform des Stören und Unruhestiftens Wirkung zeigt, muss sie langfristig angelegt sein. Die Streikplanungen sollen sich daher auf den Zeitraum bis zur Sommerpause beziehen. Da die Fußball-WM in diesen Zeitraum fällt, hat die Tarifkommission festgelegt, dass keine Aktionen oder Streiks gegen die WM geführt werden sollen. Eine Streikpause wegen der WM werde es aber auch nicht geben, vielmehr werde man in geeigneter Form deutlich machen, dass hier ein sehr grundsätzlicher Tarifkonflikt um Zukunftsfragen möglicherweise immer noch ungelöst ist.

Gleichzeitig bleibt ver.di grundsätzlich zu Verhandlungen und zu einer auch kurzfristigen Lösung des Konflikts bereit, wenn sich eine neue Kompromissmöglichkeit eröffnen sollte.

Die Tarifkommission hat auch den Auftrag erteilt, Pläne für eine stärkere Verknüpfung des Streiks mit den Streikbewegungen in Frankreich und Großbritannien zu entwickeln, wo vorgestern 1,5 Millionen Kommunalbeschäftigte in den Streik gegen eine Herabsetzung des Rentenalters getreten waren. Auch sollen Möglichkeiten aus-

gelotet werden, die Streiks im Öffentlichen Dienst zu verknüpfen mit den Streikbewegungen in anderen Tarifbereichen, vor allem der Metall- und Elektroindustrie. **Letzte Meldung:** Am Mittwoch finden neue Gespräche mit den Arbeitgebern statt. Ver.di will angeblich eine 39 Stunden-Woche für alle unterschreiben.

(Pressemeldungen von ver.di)

Kurdistan

Kriegsähnliche Zustände in den Städten

Nach einem Angriff der türkischen Armee auf ein kurdisches Guerillalager, bei dem 14 Guerillas zu Tode kamen, eskalieren die Auseinandersetzungen in zahlreichen kurdischen Städten in der Türkei. Die DTP (Partei für eine demokratische Gesellschaft, Nachfolgepartei der gerade verbotenen DE-HAP) wirft der Armee vor, bei dem Angriff Giftgas eingesetzt zu haben.

ISKU berichtete am 31. März: „Nach Bekanntwerden der Angriffe und des Todes der 14 Guerilla-Kämpfer kam es in zahlreichen Städten zu Demonstrationen und schweren Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften, die immer noch andauern.“

Besonders intensiv verlaufen die Auseinandersetzungen in Diyarbakir, wo am Dienstag (28.3.) die Beerdigung von vier der getöteten Guerillakämpfer stattfand. Es kam bisher zu sechs Toten durch Polizeischüsse, darunter zwei sechs- und neunjährige Kinder. (...) Die Demonstranten griffen das Gouverneursamt, mehrere Polizeireviere, Bänke und staatliche Gebäude mit Steinen an. Den ganzen Tag über flogen F-16-Kampfflugzeuge und Hubschrauber über die Stadt. Aus der Umgebung wurden militärische Einheiten nach Diyarbakir verlegt. Die Aktivisten kündigten an, ihre Aktionen drei Tage lang fortzusetzen. (...) Die Geschäfte in der Stadt sind drei Tage geschlossen. Auch die

Bundesweiter Aktionstag in Hannover: Frank Bsirske hofft auf Bewegung im Tarifkonflikt mit den Ländern. 29.3. Im Tarifkonflikt mit den Ländern erwartet Frank Bsirske Impulse aus den Verhandlungen im Saarland. Vor mehr als 12.000 Teilnehmer/innen sprach der ver.di-Vorsitzende in Hannover als Hauptredner der zentralen Großkundgebung für Beschäftigte der Unikliniken und Landeskrankenhäuser. „Dass jetzt im Saarland ernste Gespräche aufgenommen werden, ist ein gutes Zeichen“, betonte Frank Bsirske. Die Entwicklung dort zeige, dass die Dinge in Bewegung geraten könnten.

Der ver.di-Vorsitzende zeigte sich zufrieden, dass die seit acht Wochen dauernden Streiks im öffentlichen Dienst in absehbarer Zeit beendet sein könnten. Wenn nötig, werde die Gewerkschaft sie aber auch über Ostern hinaus fortsetzen. Wegen seiner „Haushaltsnotlage“ kann das Saarland separat mit ver.di verhandeln. Sondierungsgegespräche dazu hatten am Wochenende dort schon begonnen.

Einen neuen Verhandlungstermin mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) gebe es bislang nicht, sagte der Gewerkschafter vor Journalisten. (...) Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft sei verhandlungsbereit. Auch die vom Streik betroffenen Bürgerinnen und Bürger erwarteten eine Lösung des Konflikts. An einzelnen Universitätskliniken hätten die Streiks die Arbeitgeber nach vorsichtigen Schätzungen bereits 60 Millionen Euro gekostet. (...)

Baden-Württemberg. Tarifkommission beschließt Streikplanung bis zur Sommerpause. 30.3. Die 56-köpfige ver.di-Tarifkommission für den öffentlichen Dienst im Land ist heute in Stuttgart zusammengekommen, um eine Zwischenbilanz des inzwischen fast acht-

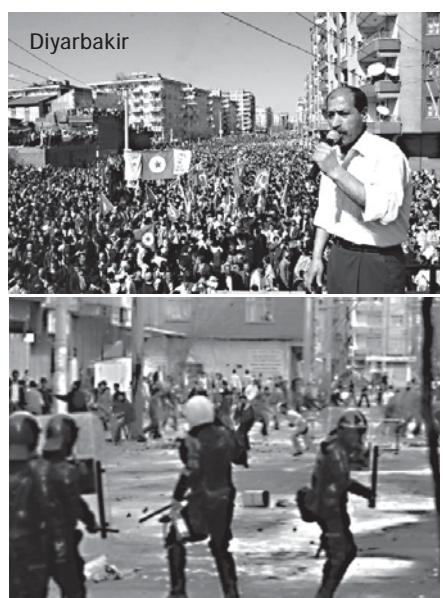
meisten Schulen wurden boykottiert.“

Auch in andere Städten fanden sich Tausende und Zehntausende zu Demonstrationen zusammen. Aus Batman – hier demonstrierten anlässlich der Beerdigung eines der getöteten Guerillas 20.000 Menschen – wird berichtet: „Barrikaden wurden auf der Diyarbakirstraße errichtet. Die Polizei und Spezialteams griffen mit Gasbomben und Panzerfahrzeugen an und schossen in die Luft. Die Menge antwortete mit Molotowcocktails und Steinen. Zahlreiche Fenster von Geschäften gingen zu Bruch. Nach einer zunehmenden Eskalation wurden Militäreinheiten der Gendarmeriekaserne von Elih in die Stadt gebracht.“

Bisher wurden 15 Menschen getötet, darunter einige Kinder, darunter auch drei Frauen, die infolge eines Brandanschlags auf einen Bus in Istanbul starben. Hunderte Menschen wurden verletzt, viele schwer. Eine unbekannte Zahl von Menschen wurde verhaftet; die österreichische Zeitung „Die Presse“ berichtet von am 4.4. von 190 festgenommenen Kindern, von denen 31 bisher verurteilt wurden.

Tagelang dauern die Auseinandersetzungen an. Es sind die schwersten innerhalb der letzten zehn Jahre. Sie machen der Weltöffentlichkeit mit einem Schlag klar, dass Kurdistan weit, weit von einem Frieden entfernt ist.

Dabei waren im Unterschied zu den vorangegangenen Jahren die Newroz-Feierlichkeiten rund um dem 21. März im Wesentlichen ohne große Zwischenfälle verlaufen. Bei der Veranstaltung in Diyarbakir mit mehreren hunderttausend Teilnehmern und vielen anderen Veranstaltungen mit oft hunderttausend oder Zehntausenden Teilnehmern in nahezu allen kurdischen (und etlichen türkischen) Städten demonstrierten Polizei und Armee zwar Präsenz, griffen aber selten ein. Die Newroz-Delegationen berichten, dass viele verbotene Parteifahnen und unzählige

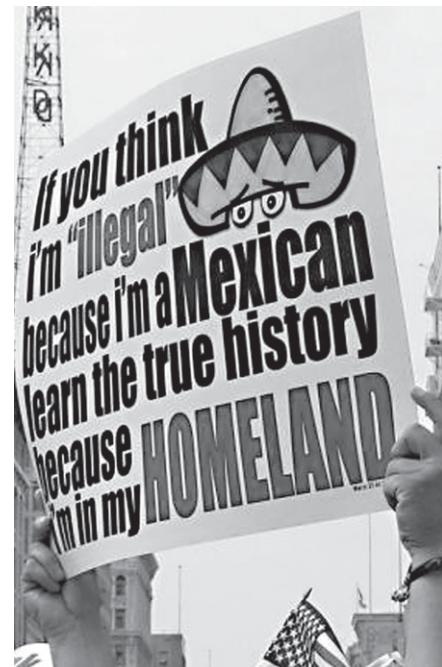


Poster mit dem Bild Öcalans zu sehen waren und dass die Versammlungsorte von Sprechchören widerhallten, in denen die Massen Frieden und Freiheit für Öcalan forderten.

Die FAZ sieht in einem Kommentar (1.4.) in den diesjährigen Newroz-Demonstrationen ein Zeichen dafür, dass sich die Kurden in der Türkei „durch den relativen Erfolg ihrer Brüder im Nordirak ... ermutigt fühlen“. Der Kommentator sieht in der Entwicklung des Irak und in der „Art Sog“, die seit dem Sturz Saddams vom kurdischen Nordirak ausgeht, den Grund dafür, dass es „nicht nur in Syrien und Iran, sondern vor allem im Südosten ... immer häufiger wieder zu Spannungen mit der Staatsmacht, mit Armee und Polizei“ kommt. Newroz-Delegationen berichten von großen Truppenkonzentrationen in der Gegend von Sirnak und von weiteren Truppenbewegungen in Richtung Grenze. Gleich nach Newroz begann die türkische Armee in mehreren Regionen im Süden Kurdistans breit angelegte militärische Operationen, die dann auch die Unruhen auslösten.

Tatsächlich dürfte die Situation im Irak – die anhaltende Besatzung, die keine Friedensperspektive eröffnet, sondern das Land in einen Bürgerkrieg treibt, in dem es zu zerbrechen droht – auch die Bedingungen für die friedliche Lösung der Kurdenfrage in der Türkei enorm erschweren. Die Türkei, die nichts unternimmt, um den kurdischen Landesteil wirtschaftlich zu entwickeln oder auch nur die schlimmsten Folgen des langen bewaffneten Konflikts zu beseitigen, hält an der militärischen Option fest und stärkt sie sogar wieder. Die kurdischen Kommunalverwaltungen leisten Schwerarbeit, haben aber angesichts der Dimension der Probleme, der gewaltigen Armut, der Konzentration einer großer Flüchtlingsbevölkerung in den Städten weder die Mittel noch die Befugnisse, auch nur die drängendsten Probleme zu lösen.

Unterstützung erhalten die Kurden von keiner Seite. Als jetzt in München rund 100 Menschen mit Plakaten und Sprechchören gegen die Gewalt der türkischen Armee und Polizei in Kurdistan protestierten, stürmten ohne jede Warnung schwarz uniformierte USK-Sonderkommandos gegen die friedliche Kundgebung los, warfen Teilnehmer zu Boden und rissen Frauen an den Haaren. Neun Menschen wurden willkürlich festgenommen, darunter die beiden Versammlungsleiter, ein Sprecher von Yekom, ein kurdischer Journalist und ein Fachbereichsleiter von ver.di. Dieselben Kräfte, die die Türkei aus der EU heraushalten wollen, weil sie die christlich-abendländischen Werte nicht teilen, kennen keine Skrupel, sie bei der Unterdrückung und Verfolgung der Kurden aktiv und massiv zu unterstützen.



USA

Aufstand der Wanderarbeiter

In diesen Tagen finden in den USA die größten Demonstrationen seit dem Höhepunkt der Bewegung gegen den Vietnamkrieg statt. Allein in Los Angeles versammelten sich am 25. März nach Polizeiangaben zwischen 500.000 (Polizeiangaben) und einer Million Menschen, Zehntausende in vielen anderen Großstädten. In der letzten Märzwoche beginnen 25.000 Oberschüler in Los Angeles einen Schulstreik, der sich rasch ausweitet und auch zahlreiche Provinzstädte vor allem in Kalifornien und Arizona erfasst. Die Proteste, die vor allem von Einwanderer-Communities getragen werden, finden in politischen und sozialen Organisationen, bei Gewerkschaften, in Kirchen (bis hin zu katholischen Bischöfen), Gemeinderäten, auch Bürgermeistern, Studentenorganisationen ... breite Unterstützung.

Sie richten sich gegen den Entwurf für ein neues Einwanderungsgesetz, der das Repräsentantenhaus bereits Ende letzten Jahres passiert hat und gegenwärtig im Senat beraten wird, das so genannte Sensenbrenner-King-Gesetz (HR 4437), das als härtestes „Anti-Immigrationsgesetz“ in der Geschichte der USA gilt. Wird es verabschiedet, würden die rund 11 Millionen Einwanderer ohne Papiere zu Kriminellen gestempelt, illegale Einwanderung mit Gefängnisstrafe belegt und ebenso Unternehmen, die unregistrierte Wanderarbeiter beschäftigen, soziale und religiöse Einrichtungen, die „illegalen“ Einwanderern helfen, mit Strafe bedroht. Außerdem sieht das Gesetz vor, die Grenze zwischen den USA und Mexiko auf die gesamte Länge von 3.200 km mit hohen Zäunen und

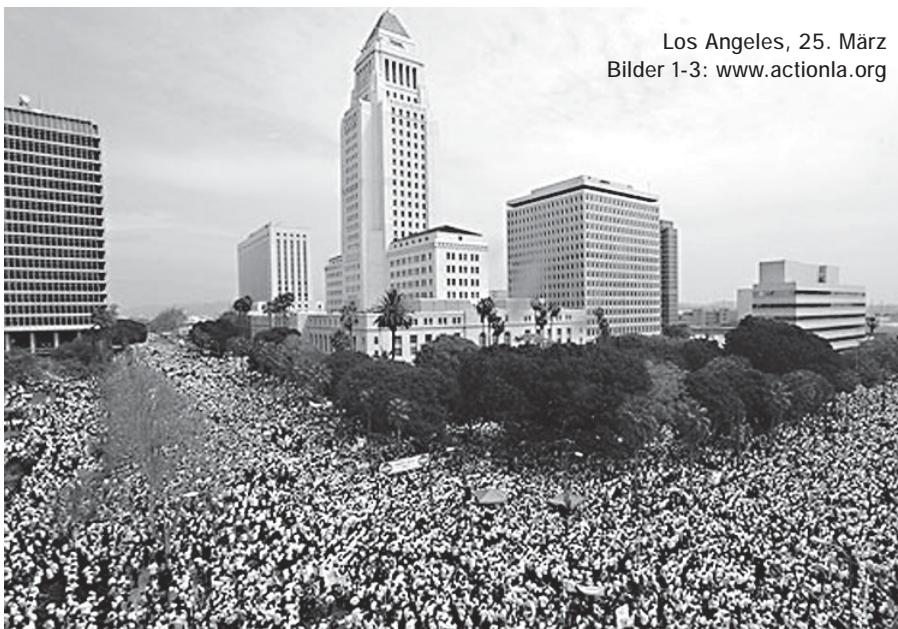
scc

Mauern zu bewehren.

Aber offensichtlich zeigen die Massenproteste bereits Wirkung. Der Justizausschuss des Senats legte inzwischen einen „Kompromiss“ vor, der den Forderungen der Handelskammer und anderer Wirtschaftsverbände nachkommt und dem Vernehmen nach auch von Präsident Bush favorisiert wird. Er sieht eine nur eingeschränkte Legalisierung „Illegaler“ vor. Wer nachweisbar sechs Jahre lang in den USA gearbeitet hat, ohne länger als 60 Tage am Stück arbeitslos gewesen zu sein, soll eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung erhalten, wenn er zuvor eine Strafe von 1.500 Dollar bezahlt hat, und nach weiteren fünf Jahren die Staatsbürgerschaft beantragen können. Außerdem soll ein „Gastarbeiterprogramm“ aufgelegt werden: Jedes Jahr sollen 400.000 Visa für „Gastarbeiter“ mit befristeten Arbeitsbewilligungen ausgestellt werden, zusätzlich sollen 1,5 Millionen Arbeitern eine – ebenfalls befristete – Beschäftigung in der Land-



ten sollen Migranten abfangen, seit April 2005 agieren in Arizona zudem so genannte Minutemen, bewaffnete Bürgerwehren, die regelrechte Jagd auf Menschen machen. Das harte Grenzre-



wirtschaft erlaubt werden. Rechte Kritiker wollen jede Legalisierung verhindern. Linke Kritiker wenden sich gegen jede Bestrafung und sehen in dem „Gastarbeiterprogramm“ ein Sklaven-Mietprogramm.

Seit je sind die USA ein Einwanderungsland, auch wenn die Einwanderung seit 1924 immer einschneidenderen Restriktionen unterworfen wird. Auch heute noch wandert jährlich etwa eine Millionen Menschen ein, davon schätzungsweise mindestens 200.000 bis 300.000 ohne Papiere.

Viele, vor allem aus Asien, kommen mit befristeten Visa als Touristen oder Studierende und tauchen dann unter. Eine große Zahl kommt von oder über Mexiko über die Grenze in die USA. Schon jetzt ist diese Grenze über weite Strecken durch fast unüberwindliche Metallbarrieren geschützt. Zehntausende hoch ausgerüstete Grenzpolizis-

gime drängt die Einwanderer auf immer gefährlichere Routen, z.B. in die Wüste von Sonora. An diesem lebensgefährlichen Stück Grenze zwischen Mexiko und Arizona sterben jeden Monat rund 20 Menschen.

Gelingt es ihnen allerdings, die USA zu erreichen, erreichen sie auch als „Illegal“ ein im Vergleich zur BRD relativ hohes Maß an rechtlichem Schutz. Viele Behörden z.B. dürfen den Aufenthaltsstatus ihrer Klienten nicht prüfen. Da es keine Einwohnermeldepflicht und keine Personalausweise gibt und die kommunale Polizei bei einer Personenkontrolle den Aufenthaltsstatus nicht überprüfen darf, können sich Wanderarbeiter ohne Papiere leichter durch den Alltag schlagen als hier und sich auch leichter Papiere für eine Arbeitsaufnahme besorgen. Ihre Kinder, die in den USA geboren werden, erhalten automatisch die US-Staatsbürgerschaft und

werden eingeschult.¹

Vor allem in den Großstädten haben sich gewaltige informelle Sektoren herausgebildet. Die Wanderarbeiter ohne Papiere arbeiten vor allem in der Landwirtschaft – hier ist jeder vierte Arbeiter ein „Illegaler“ – und im Dienstleistungssektor, sowohl im kommerziellen als auch im privaten Bereich, in Putzkolonnen, als Dienstboten, Kindermädchen, Tagelöhner u.ä.m. Aber auch im formellen Sektor finden viele Beschäftigung, zu Niedrigstlöhnen und überlangen Arbeitszeiten.² Die US-Textilindustrie etwa erlebte aufgrund der Ausbeutung der Wanderarbeiter eine neue Blüte. Allein in New York City, wo die Textilindustrie traditionell stark war, gibt es heute trotz der Konkurrenz der Billiglohnländer ca. 3000 bis 4000 Textilunternehmen, die fast ausschließlich Wanderarbeiter beschäftigen. 75% von ihnen werden als „Sweatshops“ eingeschätzt, Unternehmen, die regelmäßig die Gesetze über Mindestlohn und Arbeitsbedingungen verletzen.

Der im Senat jetzt vorgeschlagene „Kompromiss“ wird die Situation der Wanderarbeiter nicht grundlegend verbessern. Ein ähnliches Gesetz war bereits 1986 verabschiedet worden. Auch damals wurden viele „Illegal“ legalisiert, insgesamt etwa drei Millionen. Andere aber, die nicht unter solche Maßnahmen fielen, wurden noch stärker an den Rand gedrängt. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen zeigten, dass die Löhne der – legalisierten und „illegalen“ – Wanderarbeiter insgesamt sanken. Eines der wesentlichen Ergebnisse dieses Gesetzes war die Aufrüstung an der US-mexikanischen Grenze.

Dennoch wäre es ein großer Erfolg, wenn HR 4437, das Gesetz, das die Wanderarbeiter vollständig entreichtet, zum Scheitern gebracht würde. *scc*

1 Ein 1994 per Volksabstimmung in Kalifornien verabschiedetes Gesetz, das „Illegal“ vom Besuch öffentlicher Schulen und Kliniken ausschließt, ist noch nicht in Kraft. Allerdings wird inzwischen diskutiert, dass kommunale Behörden zukünftig gezwungen werden sollen, „Illegal“ an die Einwanderungsbehörde zu melden.

2 Siehe Michael Hahn, Legalisierung und Kriminalisierung, Einwanderungspolitik in den USA, <http://www.nadir.org/nadir/archiv/Antirassismus/migration/flucht4.html>



Watsonville-Salinas, Erdbeeranbaugebiet in Kalifornien. Bild: Indymedia USA



Großbritannien. Ein- bis anderthalb Millionen kommunale Beschäftigte beteiligten sich am 28. März am eintägigen Streik. Tausende Schulen blieben geschlossen, Freizeitzentren, Rathäuser, Müllabfuhr, öffentlicher Nahverkehr waren lahmgelegt, Fährverbindungen wurden gekappt, Tunnel gesperrt, Mautgebühren nicht erhoben. In zahlreichen Städten fanden Kundgebungen statt. Die Streikenden folgten dem Aufruf von zwölf Gewerkschaften gegen die Pläne der Regierung, das Rentenalter im öffentlichen Dienst anzuheben. Diese will den bisherigen Mechanismus des vor gezogenen Ruhestandes, die so genannte Regel 85, abschaffen. Die Regel 85 besagt, dass kommunale Beschäftigte mit 60 Jahren in Rente gehen können, falls ihr Alter zusammen mit den Dienstjahren 85 Jahre ergibt. Im letzten Jahr hatten die Gewerkschaften entsprechende Absichten im öffentlichen Gesundheitswesen und Lehrer nur für die bereits Beschäftigten abwenden können; neu Eingestellte werden zu verschlechterten Bedingungen beschäftigt. – Weitere Proteste sind vorgesehen: Am 25. April wollen die kommunalen Beschäftigten in Südenland, am 28. April in Wales, Schottland und Nordirland erneut streiken. (Quelle und Bild: Indymedia UK)

Russland: Rechte Gewalt nimmt zu

300 Menschen demonstrierten am 25. März in St. Petersburg gegen Faschismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie wandten sich gegen die rechte Gewalt, die in den letzten Monaten allein in Moskau und St. Petersburg mehrere Todesopfer forderte. So wurde ein 20-jähriger Punk-Musiker im November 2005 in St. Petersburg getötet; kurz zuvor hatten Skins einen jungen Linken in Moskau vor seiner Wohnung abgefangen und zu Tode geprügelt. Opfer sind häufig Studenten aus Afrika oder Asien oder „dunkelhäutige“ Menschen aus Russland. Gerade erst schlug ein gutes Dutzend Skinheads in Moskau den Kulturminister der Kaukasusrepublik Kabardino-Balkarien unter den Rufen „Russland den Russen“ so schwer zusammen, dass er mit Schädeltrauma und Kieferbruch ins Krankenhaus eingeliefert werden musste; die Polizei erschien zwar schnell am Tatort, ließ aber die Täter entkommen. Beobachter befürchten, dass die rechten Übergriffe vor und während des G8-Gipfels, der wahrscheinlich vom 15. bis 17. Juli in St. Petersburg stattfinden wird, noch zunehmen. In Russland ist es vor allem die Ultrarechte, die das Thema Globalisierungsgegnerschaft für sich vereinahmt hat. (Quelle: DW-Radio, www.mut-gegen-rechte-gewalt.de)

Israel: Rechte geschwächt

Die Wahlen in Israel haben vor allem ein Ergebnis gezeitigt: Es gibt keine Mehrheit für die rechten Kräfte, die jede weitere Räumung von Siedlungen strikt ablehnen. Die Likud-Partei unter Netanyahu wurde stark geschwächt und erhielt nur noch 11 Mandate, auch die Siedlerpartei Nationale Union kam lediglich auf 9 Sitze. Auf der Rechten gewann allerdings die strikt anti-arabische Partei des Abgeordneten Libermann 12 Sitze. Die noch von Sharon gegründete Kadima schnitt mit 28 Sitzen schlechter als erwartet ab, wurde aber stärkste Partei. Sie ist auf eine Koalition mit mindestens zwei weiteren Parteien angewiesen, um auf eine Mehrheit von 61 Stimmen zu kommen. Die Koalition mit der Arbeiterpartei (19 Sitze) gilt als sicher. Absicht des zukünftigen Regierungschefs Olmert ist, zahlreiche Siedlungen im Westjordanland zu räumen und 60.000 Siedler zu evakuieren, was wohl gewalttätige Opposition in Israel hervorrufen wird. Aber drei große Siedlungsblöcke sollen annektiert und die furchtbare Sperranlage zwischen den von Israel beanspruchten und den Palästinensern „überlassenen“ Gebieten vollendet werden, was die Aussichten auf eine friedliche Lösung nicht verbessert. Im letzten Jahr noch hatten die USA diesem einseitigen Abtrennungs-

plan, der gegen ihren Willen kaum umgesetzt werden kann, die Unterstützung verweigert.

Menschenflut im baskischen Frühling

Knapp 100.000 Menschen haben am 1. April die baskische Metropole Bilbao überschwemmt. Die Demonstration für eine demokratische Lösung des seit Jahrzehnten schwelenden bewaffneten Konflikts mit Spanien und Frankreich startete mit Verspätung, weil sich die Spalte erst den Weg durch die Massen bahnen musste. „Zeit für eine Lösung“ fordert das Frontrtransparent, dass von Mitgliedern des „Nationalen Debattenforums“ getragen wurde. Seit Jahren diskutieren im Forum Parteien, Gewerkschaften und soziale Organisationen mit internationaler Überwachung über eine friedliche Konfliktlösung. Die ETA rief kürzlich eine Waffenruhe aus, um einen Friedensprozess zu fördern.

Zum Abschluss forderte das Forum, nun sei die Zeit gekommen, wo die Basken frei und demokratisch über ihre Zukunft entscheiden müssten. Die beteiligten Staaten müssten das Votum anerkennen, um den Konflikt dauerhaft zu lösen. Neben der Forderung nach Unabhängigkeit stachen Parolen für die Amnestie und die Rückkehr der 700 politischen Gefangenen ins Baskenland heraus. Dazu gehört auch der Sprecher der verbotenen Partei Batasuna, Motor des Forums. Arnaldo Otegi wurde letzte Woche inhaftiert, weil er zu einem Streiktag aufrief. Er soll nun 250.000 Euro auf Kavution hinterlegen, um wieder frei zu kommen. Ein Teil des Geldes wurde von den Demonstranten gespendet. – Gespalten zeigte sich die große Baskisch-Nationalistische Partei (PNV) und damit die Regionalregierung. Während die Solidaritätspartei (EA) sich exponiert beteiligte, meinten die PNV und die Vereinte Linke (IU), der Marsch richtete sich gegen sie. EGI, die Jugendorganisation der PNV, rief trotz Drohungen der Direktion zur Teilnahme auf, an der sich auch kommunistische und progressive Organisationen aus Frankreich und Spanien beteiligten. Der PNV befürchtet einen Einbruch in ihre Machtbasis und die IU, auch im Baskenland in Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Ralf Streck, Bilbao, 2.4.



Zusammenstellung: scc

DESSAU: Mehr als 1.000 Menschen demonstrierten am 1. April 2006 in Dessau für die Aufklärung des Todes von Oury Jalloh, der am 7. Januar 2005 im Polizeigewahrsam verbrannte. Zu der Demonstration haben Selbstorganisationen der MigrantInnen und Flüchtlinge wie Plataforma-Berlin, TheVoice-Forum, Carawane, Flüchtlingsinitiativen und antirassistische Gruppen mobilisiert. 13 Monate nach dem Tod Oury Jallohs sind die verantwortlichen Polizeibeamten noch immer im Dienst. Die Dessauer Staatsanwaltschaft hat zwar Anklage wegen Körperverletzung mit Todesfolge und wegen fahrlässiger Tötung gegen zwei Polizisten erhoben. Mit immer neuen Einwänden wird aber versucht, die Verfahren einzustellen. So heißt es, die Anklage der Rechtsanwälte der Familie Jalloh sei nicht gültig, denn es bestünden nicht genügend Beweise, dass es sich tatsächlich um die Familie Jalloh handele.

www.plataforma-berlin.de



Gegen die geplanten Verschärfungen des Zuwanderungsgesetzes

BERLIN. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Interkultureller Rat und PRO ASYL kritisieren, der Gesetzentwurf zum Zuwanderungsgesetz sei von „grundsätzlichem Misstrauen gegenüber Migranten und einem Geist der Abschottung gegenüber Flüchtlingen geprägt“. Migranten stehen unter dem Generalverdacht, sich nicht integrieren zu wollen, Flüchtlinge vor der Mauer einer Politik, die ihnen Integration verwehrt. Die drei Verbände rufen dazu auf, in den kommenden Wochen und Monaten parallel zur parlamentarischen Beratung auf Bundes- und Länderebene das Gespräch mit politischen Parteien und den Abgeordneten zu suchen und sie auf das Ausmaß der geplanten Verschärfungen hinzuweisen. In öffentlichen Veranstaltungen sollen Migranten und Flüchtlinge darlegen können, was die Verschärfungen für sie bedeuten würden. Ein Jahr nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes zeigt sich deutlich: Das Ausländerrecht ist weitgehend Gefahrenabwehrrecht geblieben. Die Zuwanderungspfade sind schmal und steinig. Integrationspolitik wird auf den Erwerb von Deutschkenntnissen reduziert. EU-Regelungen zur Harmonisierung der Flüchtlingspolitik werden unzureichend und restriktiv umgesetzt.

www.interkultureller-rat.de

Aktionstag am 22. April: Sicheres Bleiberecht für Flüchtlingskinder

BERLIN. Flüchtlingsinitiativen, Jugendgruppen und Kulturschaffende wollen am 22. April 2006 mit einem bundesweiten Aktionstag für ein sicheres Bleiberecht für Flüchtlingskinder werben, die in Deutschland bisher nur geduldet sind. Die Kampagne war vor einem Jahr von Flüchtlingsinitiativen, Jugend-

gruppen und Kulturschaffenden gestartet worden. In Deutschland leben den Angaben zufolge rund 200.000 Ausländer mit einer befristeten Duldung. Die Initiativen appellieren mit ihrer Aktion vor allem an die Innenministerkonferenz, die am 4. und 5. Mai 2006 in Garmisch-Partenkirchen zusammentritt. Unterschriften können im Internet eingetragen werden in der Homepage der Initiative: www.hier.geblieben.net

Demonstration gegen Berufsverbote am 25. März in Karlsruhe

KARLSRUHE. An die 500 Menschen haben sich am Samstag, den 25.3.2006 auch von strömendem Regen nicht abhalten lassen, gegen Berufsverbote und für die sofortige Einstellung des Real-Schullehrers Michael Csaszkóczy zu demonstrieren. Am Anfang des Zuges lief ein Block mit Berufsverbots-Betroffenen aus den 70er und 80er Jahren. Bei der Auftaktkundgebung bezeichnete der Europaabgeordnete Tobias Pflüger das Berufsverbot als eklatante Menschenrechtsverletzung, mit der gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößen werde. Ein Vertreter

des Bundesvorstands der Roten Hilfe stellte das Urteil in den Kontext einer zunehmenden Ausgrenzung und Kriminalisierung antifaschistischen Engagements, die sich mittlerweile bereits gegen Träger von T-Shirts mit durchgestrichenen Hakenkreuzen richtete. Eine Sprecherin der AIHD zeigte die Kontinuität deutscher Obrigkeitspolitik in der Verfolgung von Linken auf, die sich seit dem 19. Jahrhundert als roter Faden durch die unterschiedlichen Regierungssysteme ziehe. Der baden-württembergische GEW-Vorsitzende Rainer Dahlem erklärte, ein engagierter und unbequemer Lehrer sei ein besseres Vorbild für unsere Kinder als viele unserer Politikerinnen und Politiker, die allen nach dem Mund reden. Ebenso wie die stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen, Carmen Ludwig, die das Urteil als einen Akt der politischen Justiz bezeichnete, versicherte er Michael Csaszkóczy die rechtliche und politische Unterstützung in seinem weiteren Kampf gegen das Berufsverbot zu. Weiter Informationen: www.gegen-berufsverbote.de <http://de.indymedia.org>

Europäischer Praktikantenstreik am 1. April in Berlin und anderswo

BERLIN. Unter dem Motto „Arbeiten ohne Geld – Das kann doch nicht Euer Ernst sein?“ demonstrierten am 1. April über 100 Betroffene vor dem Brandenburger Tor gegen die Ausbeutung von Berufsanfängern. Sie waren dem Aufruf von fairwork e.V. und der DGB-Jugend zum ersten Europäischen Praktikantenstreik gefolgt. Mit weißen Masken machten die Demonstranten symbolisch auf den Status von Praktikanten aufmerksam: Mitarbeiter, die keinen Namen, kein Gesicht haben und ständig wechseln. Auch in Paris, Wien, Dresden und Stuttgart gingen prekär Beschäftigte auf die Straße. Prekäre Beschäfti-



gungsverhältnisse von jungen Menschen haben in Europa in den letzten Jahren zugenommen. Auch junge Menschen mit Hoch- oder Fachhochschulabschluss sind vermehrt betroffen. Um der Arbeitslosigkeit zu entgehen, sehen sich immer mehr Absolventen genötigt, prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzugehen oder un- oder unterbezahlte Praktika anzunehmen, um auf diesem Weg den Einstieg in das Berufsleben zu schaffen. In mehreren Ländern der europäischen Union hat sich ein regelrechter „PraktikantInnen-Arbeitsmarkt“ herausgebildet. Dieser zeichnet sich durch ein extrem hohes Qualifikationsniveau, flexibelste Arbeitszeiten, niedrige Sozialstandards und geringe bis keine Entlohnung aus. Die Folge: Immer mehr reguläre Arbeitsstellen werden offensichtlich durch PraktikantInnen ersetzt. Da auf diesem „PraktikantInnen-Arbeitsmarkt“ gar kein oder nur ein sehr geringes Gehalt gezahlt wird, werden keine Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgeführt. In dem die Staaten zum Teil den Unterhalt der PraktikantInnen finanzieren, zahlen sie sogar noch drauf. Gegen diesen Misstand rufen der Verein fairwork, die französische Génération Précaire und die DGB-Jugend zu Aktionen auf.

www.dgb-jugend.de

Protest-Mail-Aktion der DFG-VK „Rüstungshaushalt senken!“

VELBERT. In diesen Tagen wird der Entwurf für einen Haushalt im Deutschen Bundestag behandelt. Zahlreiche BürgerInnen sind mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht einverstanden und lehnen die dafür notwendige teuere Umrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee ab. Die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) ruft zur aktiven Unterstützung ihrer Protest-Mail-Aktion auf: „Fordern Sie mit uns die Senkung des Rüstungshaushaltes um mindestens 5% jährlich!“ (Link auf der Homepage). Auch die Sammlung von Protestpostkarten „Rüstungshaushalt senken!“ wird fortgesetzt. Sie sollen in einer öffentlichen Aktion am 13. Mai in Berlin übergeben werden.

www.deutsche-friedensgesellschaft.de

Iran-Konflikt: Friedensorganisationen befürchten Eskalationsdynamik

BONN. Die „Kooperation für den Frieden“, der unter anderem die deutsche Sektion von Pax Christi, die IPPNW und der Aachener Friedenspreis e.V. angehören, befürchtet, dass die UN-Erklärung, die dem Iran Rechte aus dem Atomwaffensperrvertrag abspricht, zu einer Verhärtung beiträgt, indem der Iran weiter in die Isolation getrieben wird. Die „Kooperation für den Frieden“ weist in diesem Zusammenhang

auch auf die Gefahr hin, dass die US-Regierung die jetzige Erklärung des UN-Sicherheitsrates als Rechtfertigung für eventuelle Militärschläge in Anspruch nehmen könnte. Einen Ausweg und Chancen für eine friedliche Beilegung des Konflikts sehen die Friedensorganisationen in der Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen Irans. Mit einem Nichtangriffs-Versprechen und ernsthaften Bemühungen für eine atomwaffenfreie Zone in der Gesamtregion, die auch das Atomwaffenpotenzial Israels nicht außer Acht lässt, könnten substantielle Garantien für den Atomwaffenverzicht Irans erreicht werden. – Aktuelles Dossier zum Iran-Konflikt im Internet: www.koop-frieden.de

Keine NPD – Buntes Fest im Herzen der Stadt am 1. Mai in Vorbereitung

HEPPENHEIM. Alle im Stadtparlament vertretenen Parteien, die Kirchen, Vereine, Gewerkschaften, die Schule und der Bürgermeister als Schirmherr: Das sind die Organisatoren eines „bunten Festes“, das am 1. Mai in der Heppenheimer Innenstadt gefeiert werden soll. Die Neonazis haben für den 1. Mai zu einer Demonstration in Heppenheim aufgerufen. „Es geht um die Geschlossenheit der gesamten Stadt, mit der wir den Brauen die kalte Schulter zeigen“, so beschrieb Bürgermeister Gerhard Herbert die Grundlagen der Zusammenarbeit mit der Bergsträßer Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Initiativen-Sprecherin Margarete Bauer ergänzt: „Was wir machen, geht nicht nur gegen die Rechtsextremen. Wir setzen uns für etwas ein, für Weltoffenheit und Fremdenfreundlichkeit. Wir wollen agieren, nicht reagieren, obwohl wir manchmal zum Reagieren gezwungen sind“. Zu den Aufgaben der Initiative gehöre Prävention. Deshalb werde die Zusammenarbeit mit den Ausländerbeiräten und mit den Schulen gesucht. Junge Leute seien die wichtigste Zielgruppe, weil sie entscheiden müssten, wie die Bevölkerung in Zukunft das Miteinander gestaltet.

Quelle 31.3.: www.echo-online.de

Keine NPD – Größte Mai-Kundgebung des Nordens in Rostock geplant

ROSTOCK. Erstmals ruft die Hansestadt Rostock zu einer Gegenveranstaltung auf. Für den 1. Mai hat die rechtsextreme NPD zu einer bundesweiten Kundgebung nach Rostock eingeladen. Etwa 3.000 Teilnehmer werden zu der De-

monstration erwartet. In „Rostocks guter Stube“ wird es dagegen Konzerte, Ansprachen und Diskussionsrunden von Landes- und Bundespolitikern geben, darunter mit Gregor Gysi (Linkspartei.PDS), Claudia Roth (Grüne), Hubertus Heil (SPD), Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) sowie mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. Diese Zusammenstellung zeige, dass in Rostock eine der bedeutendsten Mai-Kundgebung Deutschlands geplant sei, erklärte Ingo Schlüter vom DGB Nord. Auch die Job-Parade, die als Jugendfest seit acht Jahren in Schwerin stattfindet, wurde vom Gewerkschaftsbund in die Hansestadt verlegt. „Mit dem Maifest wollen wir zeigen, dass wir die Mehrheit sind“, so Schlüter, der den NPD-Aufmarsch als Teil einer Strategie sieht, am 17. September in den Schweriner Landtag einzuziehen. 15.3.: *Norddeutsche Neueste Nachrichten* – www.svz.de

Demonstration „Bleiberecht statt Ausreisezentrum in Neumünster“

NEUMÜNSTER. Am 18. März folgten 500 Personen dem Aufruf des Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein und demonstrierten in Neumünster gegen das dort vom Kieler Innenministerium ge-



plante „Ausreisezentrum“. Bei der Auftraktkundgebung beklagte die Vorsitzende des Vereins Grenzgänger Neumünster e.V., Andrea Storke, dass das Innenministerium trotz zunehmender Kritik an den Plänen an einer Politik festhalten will, die Flüchtlinge rechtlich beschränkt, sie in Lagern getoisiert und ihre Rückkehr erzwingt. Dies sei den Betroffenen gegenüber unwürdig und den Interessen des Einwanderungslandes abträglich. Storke kündigte für das Bleiberechtsbündnis an, außerhalb der Kaserne eine Anlaufstelle für die im Ausreisezentrum Untergebrachten in Neumünster zu schaffen. Zum Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein gehören über 30 Organisationen, u.a. aus Kirche, Gewerkschaften, Verbänden, Bildungsinstitutionen und Migrationsfachstellen.

www.hiergeblieben.info
Zusammenstellung: baf



BAD KISSINGEN. Über 2.000 beteiligten sich am 25. März an der Demonstration gegen die harten Rationalisierungsmaßnahmen des Sparkassenvorstands in Bad Kissingen. Auch viele Kunden kamen. In dem Flugblatt der Gewerkschaft ver.di heißt es: „Wir wollen mit dieser Demonstration erreichen, dass wir wieder respektvoll behandelt werden und unter menschlichen Arbeitsbedingungen arbeiten können, um Ihnen unsere ganze Kraft zu widmen. Ihre Bedürfnisse sollen im Mittelpunkt unseres Tuns stehen. Wir wollen unsere Verantwortung für die Region wieder leben. Das persönliche Gespräch und

gegenseitige Vertrauen soll wieder vorherrschen, statt Zeitvorgaben für Gesprächsdauer. Wir wollen die jetzigen restlichen Geschäftsstellen der Sparkassen vor Ort erhalten. Sie sollen Ihre/Ihren jahrelangen, gewohnten Berater/Beraterinnen wieder zurück erhalten. Sie sollen nicht durch den Landkreis geschickt werden, denn Sie sind keine Handelsware. Nicht nur Automaten sollten Ihnen den Service bieten. Serviceboxen ersetzen keine Mitarbeiter, sondern Kundennähe ist unsere Lösung! ... Deshalb fordern wir einen neuen Vorstand mit sozialer und fachlicher Kompetenz!“ www.verdi-bayern.de



SALZGITTER. Im Zuge einer Betriebsversammlung gingen Anfang März 2006 mehr als 4.000 Beschäftigte des VW-Standortes Salzgitter vor das Fabriktor, um gegen das in unmittelbarer Nachbarschaft geplante Endlager für Atommüll zu protestieren. Der Betriebsratsvorsitzende Andreas Blechner warf Landesumweltminister Sander (CDU) vor, er verharmlose die von der Endlagerung ausgehenden Gefahren. Grund für diesen Protest ist das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg zum Atommülllager Schacht Konrad. Das Gericht in Lüneburg bestätigte damit als erstes deutsches Gericht eine

atomrechtliche Genehmigung zur Endlagerung radioaktiver Abfälle. Eine Revision gegen seine Urteile ließ es nicht zu. Planungs- oder Eigentumsrechte der Kommunen würden nicht beeinträchtigt, hieß es in der Urteilsbegründung. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel erklärte daraufhin, er gehe davon aus, dass das Endlager errichtet werde. Bei Umweltschützern stieß das Urteil auf Kritik. „Über ein so weit reichendes Projekt wie ein Atommülllager darf letztendlich nicht nur mit rechtsformalen Begründungen entschieden werden“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. *bee*

Nationale Armutskonferenz (nak) legt sozialpolitische Bilanzen vor

Hartz IV – Armut breitet sich aus

Die Einführung von Hartz IV hat die Situation der Betroffenen dauerhaft verschlechtert. Zu diesem Schluss kommt die Nationale Armutskonferenz (nak) in ihren am 28. März 2006 in Berlin vorgelegten sozialpolitischen Bilanzen. Hier eine Kurzfassung.

Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren auf Sozialhilfenebene hat sich von 1 Million im Jahr 2005 auf 1,5 Millionen erhöht. Tafeln und Kleiderkammern erleben einen erheblichen Zulauf. Beratungsstellen berichten über Klienten, die ihre finanziellen Ressourcen schon früh im Monat aufgebraucht haben. Davon berichtet der Sprecher der Nationalen Armutskonferenz, Dr. Hans-Jürgen Marcus, bei der Vorstellung von zwei sozialpolitischen Bilanzen in Berlin.

„Es zeigt sich, dass die Regelleistung von 345 Euro einfach für viele nicht ausreicht. Das führt dazu, dass die Pauschale für einmalige Anschaffungen, die nach Auffassung der nak zu niedrig angesetzt wurde, nicht angespart werden kann, sondern oft verbraucht werden muss. Wenn dann Anschaffungen notwendig sind, fehlt das Geld; man benötigt Kredite und steigt in die Verschuldensspirale ein. Wo ein Kinderwagen als Darlehen gewährt oder mit Krediten finanziert werden muss, werden Kinder bereits mit Schulden geboren.“

Wegen Hartz IV und der unzureichenden Ausstattung brauchen viele Menschen kostenlose oder verbilligte Essensangebote. Als Reaktion auf diese Not hat sich die Zahl der Tafelangebote – in einer unserer Mitgliedsorganisationen – bundesweit explosionsartig von 350 auf 580 erhöht.

Die strikte, oft auch willkürliche Auslegung der sog. „angemessenen Unterkunftskosten“ führt zu hoher Verunsicherung bei den Betroffenen. Von Aufrückerungen zum Umzug, über Ankündigung einer Reduzierung der Übernahme von Wohnungskosten bis hin zu engsten Fristsetzungen für einen Umzug haben wir alles erlebt. Dabei hat der Gesetzgeber eindeutige Regelungen vorgegeben. Die Handhabung ist bei den Kommunen trotzdem nicht einheitlich, sondern höchst unterschiedlich. Nur die wenigsten Menschen sind in der Lage, ihren Rechtsanspruch auch gerichtlich durchzusetzen oder die Kommunen durch einstweilige Verfügungen zu gesetzestreuem Verhalten zu zwingen.

Die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt gelingt nicht. Dies ist nicht nur darin begründet, dass keine Arbeitsplätze zur Verfügung ste-

hen, sondern auch in der Ideenlosigkeit und Fixierung auf die Ein-Euro-Jobs; in den Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen war dies oft die einzige systematische Arbeitsmarktintegration. Aber selbst dann wird noch versucht, an der Weiterbildungs- und Betreuungspauschale für die Anstellungs träger von 1-Euro-Jobbern zu sparen. Dabei haben sich Weiterbildung und Qualifizierung der 1-Euro-Jobber bei anderen Arbeitsgemeinschaften oder Kommunen als förderlich für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt heraus gestellt.

Die Nationale Armutskonferenz fordert im Blick auf das beabsichtigte Optimierungsgesetz zum SGB II erhebliche Nachbesserungen. Das SGB-II-Änderungsgesetz, das Bundestag und Bundesrat eilig durchgewunken haben, entlastete den Bundeshaushalt um Milliardenbeträge. Es war eine der gerührten Vorteile gegenüber den vielen Nachteilen der Hartz IV Reform, dass den Menschen die Rentenbeitragszahlung zugesichert worden war – jetzt ist ihnen dieser Vorteil genommen worden. Wir sind in Sorge, dass auch dieses kommende Optimierungsgesetz nur eine finanzielle Optimierung der Ausgaben des Bundes zu Lasten der Förderung und Qualifizierung arbeitsloser Menschen im Blick haben wird und schnell ohne Diskussionen durch das parlamentarische Verfahren gebracht werden soll.

Diese Hartz-IV-Gesetzgebung ist nach wie vor krass unausgewogen: Die Umkehr der Beweislast, was die Bemühungen um einen Arbeitsplatz angeht, ist zu einer beherrschenden Position der Behörden mit einer Verfolgungsstrategie gegenüber den arbeitslosen Bürgern geworden. Eine Unzahl von Vorschriften und bürokratischer Hürden, die Drokulisse von Mittelentzug und Sperrfristen, die immer noch fehlenden persönlichen Ansprechpartner und Fallmanager, die telefonische „Nichterreichbarkeit“ und ein immer noch fehlerhaftes EDV-System erschweren die Rat- und Hilfesuche arbeitsloser Menschen. Derweil bleibt das System der Arbeitsverwaltung auf Milliarden von Fördermitteln sitzen, mit denen eigentlich Arbeitslose durch Aus- und Weiterbildung gefördert werden sollten.

Dr. Hans-Jürgen Marcus, Sprecher der nak – Weitere Informationen unter: www.nationale-armutskonferenz.de

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband – Armut und Gesundheit in Deutschland e.V. – BAG der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen – BAG Schuldnerberatung – BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit – BAG Wohnungslosenhilfe – Bundesverband Deutsche Tafel – Der Paritätische Wohlfahrtsverband – Deutscher Bundesjugendring – Deutscher Caritasverband – Deutscher Gewerkschaftsbund – Deutsches Rotes Kreuz – Diakonisches Werk der EKD – Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland

Föderalismusreform: WEIMAR. Auf einer Tagung der Oberbürgermeister der neuen Länder in Weimar kritisierte der Städetag mit Blick auf die anstehenden Beratungen der Föderalismusreform in Bundestag und Bundesrat, wie die Regelung zur Abschaffung des so genannten Bundesdurchgriffs auf die Kommunen ausgestaltet ist: „Es ist ein Fortschritt, wenn der Bund keine neuen kostenträchtigen Aufgaben mehr ohne Gegenfinanzierung auf die Städte und Gemeinden übertragen kann. Die Regelung bietet jedoch keinen generellen Schutz vor weiteren finanziellen Belastungen der Kommunen. Denn der Bund kann die Kommunen auch in Zukunft bei bereits geltenden Gesetzen wie Sozialhilfe, Hartz IV oder Grundsicherung zu neuen Leistungen verpflichten, ohne die Finanzierung dafür zu sichern.“ „Die Städte unterstützen die Reform des Föderalismus. Aber sie fordern, dass die Reform noch um verbindliche, im Grundgesetz garantierte Anhörungsrechte der Kommunen bei Bundesgesetzen ergänzt wird“, sagte Articus.

www.staedtetag.de

Kein Stammkapital bei Sparkassen:

BERLIN. Der Deutsche Landkreistag (DLT) unterstützt in der Diskussion um die Pläne der Hessischen Landesregierung die Position des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen und spricht sich entschieden gegen die Möglichkeit der Bildung von Stammkapital bei kommunalen Sparkassen aus. Anlässlich der Vorständetagung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes in Berlin bezeichnete DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Dupré (Südwestpfalz) die Vorschläge als „unverantwortbar für Sparkassen, Kommunen und die regionale Entwicklung. Damit wird nicht nur die kommunale Bindung der öffentlichen Kreditinstitute in Frage gestellt, sondern auch deren Verantwortung für die jeweilige Region.“ Die Hessische Landesregierung plant eine Änderung ihres Sparkassengesetzes, wonach den Sparkassen künftig die Bildung von Stammkapital möglich sein soll. Im Zuge dessen soll auch die Landesbank Hessen-Thüringen dieses Kapital kaufen können. Dupré verdeutlichte, dass eine Öffnung der Sparkassen für Stammkapital die Vorstufe einer freien Handelbarkeit der kommunalen Kreditinstitute darstellt, die die Sparkassen letztlich renditeorientierten Shareholder-Interessen preisgibt.

www.dlt.de

Kommunalisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge: AHRENSBURG. Der Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DSTGB) begrüßt die Überlegungen einzelner Städte und Ge-

meinden, bisher privat erbrachte Leistungen der örtlichen Daseinsvorsorge zu kommunalisieren. Der scheidende Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft des DSTGB, Oberbürgermeister Heinz Kälberer, Vaihingen an der Enz, sagte: „Abfallentsorgung und Energieversorgung haben zentrale Bedeutung für die Bürger. Deshalb ist es wichtig vor Ort zu prüfen, ob diese Aufgaben besser durch private Anbieter oder die Städte und Gemeinden selbst wahrgenommen werden sollen.“ Es sei in den Städten und Gemeinden ein gewisser Trend der Rückbesinnung auf die eigenständige Aufgabenerfüllung zu erkennen. Ursula Pepper, Bürgermeisterin der Stadt Ahrensburg, neue Vorsitzende des Gremiums, wies darauf hin, dass eine Rekommunalisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge dazu dienen könne, kommunale Gestaltungsmöglichkeiten zurück zu gewinnen. Die Stadt Ahrensburg in Schleswig-Holstein hat sich entschieden, die Gasversorgung in der Stadt nicht mehr von einem privaten Unternehmen, sondern von einer kommunalen Gesellschaft durchführen zu lassen. Zu diesem Zweck wird das kommunale Unternehmen das Gasnetz vom bisherigen Versorger käuflich erwerben. Allerdings konnte dieser Weg erst im Klageweg durchgesetzt werden.

www.dstgb.de

Gewerbesteuer kein Feld für Experimente:

Ahrensburg. „Das Aufkommen der Gewerbesteuer von 23 Mrd. Euro im zurückliegenden Jahr macht deutlich, dass die derzeitige Diskussion bezüglich der Gewerbesteuer an der stärksten Einnahmequelle der Städte und Gemeinden ansetzt“, sagte der Vorsitzende des Finanzausschusses des DSTGB, Heinz Kälberer. Diese Bedeutung der Gewerbesteuer werde noch weiter zunehmen. Kälberer wies erneut darauf hin, dass die derzeit diskutierten Modelle zum Ersatz der Gewerbesteuer keine tragfähige Basis für eine ausreichende Finanzausstattung der Städte und Gemeinden seien. Da sowohl das Modell der Stiftung Marktwirtschaft als auch das Modell des Sachverständigenrates von Mindererinnahmen in Höhe von ca. 20 – 25 Mrd. Euro ausgehen, sei zu befürchten, dass dies zu einem weiteren Rückgang der öffentlichen Investitionen führe. Besonderes Augenmerk richtete Kälberer auf die vorgesehene Einschränkung des kommunalen Hebesatzrechtes. „Damit würde den Kommunen das im Grundgesetz garantierte Hebesatzrecht zunehmend demontiert.“

www.dstgb.de
Zusammenstellung: ulj

Zum Thema Arbeitsmarkt

Aus dem Einleitungsvortrag Januar 2006

Unsere Diskussion in den nächsten Tagen hat die Arbeitsmarktpolitik zum Gegenstand, ein theoretisch und praktisch außerordentlich schwieriger Gegenstand. Gleichzeitig steht fest, dass auf dem Sektor der „Bildung“ (der Arbeitskraft) und der „Beschäftigung“ (der Arbeitskraft) bedeutende Veränderungen anstehen, die auch schon einsetzen bzw. sich in den Projektionen der Regierung und der Tarifparteien abzeichnen. Um an die Probleme heranzukommen, wollen wir zunächst anhand eines kleinen Auszugs aus „Wirtschaft und Gesellschaft“ von Max Weber wirtschaftliches Handeln als einen Teilbereich sozialen Handelns betrachten. Eine nähere Betrachtung des wirtschaftlichen Handelns führt uns zum Logik des rational durchorganisierten Betriebs, worüber wir mit Hilfe eines Auszugs aus Werner Sombarts Werk „Der moderne Kapitalismus“ handeln können. Eine Darstellung, wie Marx die Beziehung von Arbeitskräfteangebot und Kapitalnachfrage beschreibt, führen wir uns mit Hilfe einer Zusammenfassung von Werner Hofmann zu Gemüte. Zur Einleitung dieses Komplexes werden wir über zwei Rätsel sprechen, die Marx und Engels formulierten. Es geht dabei um die Frage, was unter einer „Klasse“ zu verstehen sei (Kapital Band III), und wie man sich das Fortleben kultureller Produktionen nach dem Untergang der Produktionsverhältnisse, die sie prägten, erklären könne.

Stichwort: Arbeitskraft, betrieblich generierte Anforderungsstruktur

Im kapitalistischen Betrieb werden die Arbeitskräfte, die seine belebten Elemente bilden, in einen Zusammenhang gestellt, der einerseits durch eine von der Spalte aus durchgesetzte Sinnstiftung gekennzeichnet ist, die in der Form durchgesetzt wird, dass den einzelnen Elementen ein Wirkungskreis zugeschrieben ist, in dem sie ihr Verhalten in eigener Regie steuern können. Dieses Verfahren führt zu den im ökonomischen Sinne optimalen Ergebnissen. Diese Art der Organisation ist auf einen funktionierenden Arbeitsmarkt angewiesen, denn die relativen Wahlfreiheiten innerhalb eines konkreten Arbeitsprozesses beruhen auf der absoluten, aus ihm herauszutreten. Die gegenwärtige Arbeitsmarktlage verstellt den Blick für die Bedeutung des Rechtes auf

Kündigung, das gegenwärtig als Arbeitgeberrecht erscheint. Tatsächlich ist eine Arbeitsmarktsituation, die den Beschäftigten Wechsel erlaubt, von entscheidender Bedeutung für das Funktionieren des Organisationssystems. Die Rationalität der betrieblichen Organisation, die sich am Ergebnis misst, ist nicht eindeutig. Es bestehen erheblich Spielräume für die Arbeitsorganisation, die durch gewerkschaftliches (und betriebsverfassungsrechtliches) Handeln und Gestalten beeinflusst werden können. Die erheblichen Möglichkeiten, die hier eröffnet sind, dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bereitstellung von Arbeitskräften soziales Handeln in ganz anderen Bereichen zur Voraussetzung hat.

Bericht über die Diskussion

Im Folgenden werden Gesichtspunkte aus der Diskussion dargestellt, die im Kurs Wirtschaft der Linken Schule im Januar 2005 und im Januar 2006 zum Thema „Industrielle Armee / Industrielle Reservearmee“ geführt wurde. Wir haben diese Form der Darstellung gewählt, weil auf diese Weise auch unfertige, nicht ganz schlüssige und umstrittene Auffassungen dargestellt werden können.

Arbeitsteilung im Unternehmen und Preisbildung der Arbeitskraft

In unserer Diskussion waren wir zunächst von der Differenzierung der Teilarbeiten innerhalb der Unternehmen ausgegangen. Ergebnisse dieser Diskussion finden sich zusammengefasst in der Tabelle übernächste Seite.

In den verschiedenen Bereichen der Hierarchie erscheint der „Nutzen“ der Arbeit und damit die Steuerung des Arbeitsprozesses durch die arbeitende Person unter verschiedenen Kriterien. Während z.B. die fachlich qualifizierte Arbeit nur unter dem Gesichtspunkt der Qualität des Produktes bzw. der Dienstleistung und der dafür aufgewendeten Zeit betrachtet werden kann, wird eine Investitionsentscheidung unter dem Gesichtspunkt der zahlungskräftigen Nachfrage stehen müssen. So wie für die Steuerung des jeweiligen Arbeitsprozesses wirken auch für die Preisbildung verschiedene Mechanismen.

Die traditionelle Form des gewerkschaftlichen Kampfes ist das unersetzliche Mittel, um die Reproduktionsbedürfnisse der Arbeitskräfte geltend zu machen. Sie erfasst aber die Interessenslage eines erheblichen Teils der Beschäftigten nicht mehr vollständig, jene nämlich, die ihre gehobenen Ansprüche an die Kapitaleigner aus dem spezifischen Unternehmenserfolg begründen.

Markant werden solche Unterschiede namentlich in der Haltung zur Arbeitszeit. In den weiten Bereichen ausführender Arbeit ist jede Minute Verausga-

Preisbildung auf dem Arbeitsmarkt

Zum Anschluss an die Diskussion der Winterschule 2005

Marx und Engels weiter als „solide Ausgangsplattform“. Bei unseren Überlegungen bietet die Analyse des kapitalistischen Arbeits- und Verwertungsprozesses, wie sie von Marx und Engels im vorvorigen Jahrhundert beigebracht wurde, nach wie vor eine sehr solide Ausgangsplattform. Tatsächlich hat diese Analyse in wichtigen Punkten die viel später entstehende Systemtheorie vorweggenommen. Das Kapital wird als ein soziales Gebilde mit Eigenleben begreiflich, das die ganze Fülle der natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen als Umwelt begreift, die zu seiner Reproduktion und seiner Verwertung da ist. Die Beziehungen zur Umwelt sind samt und sonders als Wert-/Preisbeziehungen gestaltet, so dass sämtliche Faktoren des Produktionsprozesses als Sachen aufgefasst werden, die in diesem Prozess aufgehen.

Die Logik, die innerhalb dieses Systems gilt, wird im ersten Band des „Kapitals“ mit großer Sorgfalt und sehr zutreffend dargestellt.

Dennoch gelingt eine Kritik der politischen Ökonomie unter diesen Gesichtspunkten nicht, es bleibt zu viel der wirklichen Bewegung unerklärt und unverständlich. Die blinden Flecken fallen nicht auf, weil die Analyse der Kapitalbewegung sehr viele ausgebundene und sogar unterdrückte Tatsachen aus der Beziehung von Lohnarbeit und Kapital klarstellt und damit dem Kampf der arbeitenden Klassen um Emanzipation weiterhilft. Lücken der Theorie bleiben da leicht im Hintergrund. Wo sind die Lücken?

Die Bereitstellung öffentlicher Güter

bung von Kraft und zählt. Überzeit wird Überlast, quälend und gesundheitsschädlich.

In den wachsenden Bereichen, in denen abrufbare Arbeitsleistung mit Funktionen von Planung und Information durchsetzt sind, wird dieser Kampf um Minuten zumeist nicht verstanden. Eine Situation von Überlastung und Überforderung entsteht aber auch in solchen Arbeitsverhältnissen und bietet vielerlei Anlass zu Kritik.

Alle Arbeit „Arbeit für Andere“

In unserer Diskussion sind wir sodann davon ausgegangen, dass in der modernen Gesellschaft Arbeit fast ausschließlich in arbeitsteiligem Systembezug stattfindet, als „Arbeit für andere“, deren komplizierte Motivationslage Kant in der griffigen Formel „Eigene Voll-

(Musgrave) als Staatsaufgabe wird nicht erkannt – Marx und Engels erkannten die prägende Kraft des kapitalistischen Verwertungsprozesses früh, bereits im „Kommunistischen Manifest“ findet sich die Aussage, dass das Kapital alle Beziehungen in Tausch- bzw. Geldbeziehungen verwandelt. Diese Annahme hat sich nicht bewährt. Sie fällt auch hinter den Erkenntnisstand der politischen Ökonomie der Zeit punktuell zurück. Bereits bei Adam Smiths taucht eine ökonomisch wirksame Funktion des Staates auf, der gerade in Abgrenzung zur Welt der Wirtschaft gesehen wird und für deren Funktionieren unerlässliche Funktionen verrichtet, die sie, die Wirtschaft, selbst nicht verrichten kann.

Dieser Gedankengang, der schließlich zu der Staatsaufgabe der Bereitstellung öffentlicher Güter (heute vor allem von Ökonomen wie Musgrave, aber auch von anderen untersucht und beschrieben) führt, wurde von der sozialistischen Diskussion nicht aufgegriffen. Eine Kritik der Mechanismen, die hier gelten, gab es nur in Bruchstücken. Es kam generell zu Schwierigkeiten in der Analyse sozialer Systeme / Subsysteme, zu nennen sind insbesondere die Familie, der Staat und die Hülle der Versicherungssysteme. Es ist nicht so, dass etwa dazu nichts gesagt wäre, es gibt eine Vielzahl nützlicher Kritiken, sie sind aber alle in der Vorstellung eingebettet, dass hier etwas Altes vorliegt, das vom Kapital seinen Bewegungsge setzen unterworfen wird.

Diese Richtung des analytischen Blicks führt nicht zu Forschungen, die das Eigenleben jener sozialen Systeme erklärlich machen (und auf dieser Grundlage die Beziehungen zwischen ihnen und der Welt der Kapitalien).

Kulturkapital, seine Bedeutung und seine Vermittlung: Pierre Bourdieu – So wie die Staatsaufgabe der Bereitstel-

lung öffentlicher Güter nicht erkannt wird und die Steuerungsmechanismen nicht erkannt werden, geraten auch die Prozesse, die zur Bereitstellung von Arbeitskräften für den Verwertungsprozess führen, aus dem Blick. Es entsteht die wahrscheinlich von Anfang an empirisch unzulängliche Auffassung von der Arbeitskraft als Anhänger der Maschine. Zwar ist von „einfacher“ und „zusammengesetzter“ Arbeitskraft die Rede, aber der Hauptpunkt wird nicht begriffen, dass nämlich das Kapital auf ihm selbst fremde, unzugängliche soziale Prozesse angewiesen ist und keineswegs in der Lage, die Arbeitskräfte, die es in seinem Verwertungsprozess braucht, in seinem Verwertungsprozess zu erzeugen.

Dieser Mangel wurde erst viel später von Pierre Bourdieu erkannt, der daraus die Analyse der Produktion der Arbeitskraft entwickelte, die er als Akkumulationsprozess darstellte, in dem die Person, die sich bildet, „an sich selbst“ arbeitet, eine komplizierte Entzweiung, die zu einem Ergebnis führt, das veräbert werden kann.

Ebenfalls nötig: die Theorie sozialer Systeme (Luhmann) – Es wäre zum Schluss noch anzufügen, dass die konkrete Form, in der die notwendige Fremdbestimmung durch den organisierten Arbeitsprozess und die ebenso notwendige Selbstregierung des Arbeitenden im Arbeitsprozess stehen, als Entfremdung nicht zureichend aufgefasst wird.

Eine ausbaufähige Erklärung liefert erst die Systemtheorie (Luhmann und andere), die zeigt, wie der Mensch als „psychisches“, d.h. beseeltes System in soziale Systeme eintritt, als deren Element funktioniert, in dieser Funktion aber nicht ganz aufgehen kann, sondern stets in der Lage bleibt, seine Funktion als Element eines Systems kritisch zu hinterfragen.

Diese Vorrede soll auf die sozialen Kräfte verweisen, die das konfigurieren, was wir als „Arbeitsmarkt“ betrachten können oder auch als innere Ordnung eines kapitalistisch organisierten Betriebes.

Alle diese Funktionen sind von Märkten gestaltet, wobei unter Märkten hier Netzwerke vertraglicher Beziehungen verstanden werden, die unter Einverständnis der Betroffenen zustande kommen.

Diese Art der Arbeitsorganisation ist zu betrachten von den Menschen her, d.h. dem „psychischen System“, und von der Unternehmung her, die ein soziales System ist. Sie hat sich unter dem Verwirtschaftlichungsdruck der Konkurrenz der Kapitale herausgebildet, eignet sich aber bis zu einem gewissen Grad auch für die Rationalisierung anderer sozialer Systeme, soweit sie nämlich wirtschaften müssen.

Besonders stark ist die Überschneidung bei den Einrichtungen zur Bereitstellung öffentlicher Güter. Es bleibt aber ein Unterschied in der Steuerung der Einrichtung. Im Falle der Wirtschaft zählt die Entscheidung der kaufkräftigen Nachfrager für andere Produkte unmittelbar, im Falle der Bereitstellung öffentlicher Güter zählt letztlich der in Wahlen geäußerte politische Wille und der Steuerwiderstand bei der Finanzierung.

Für die abhängig Beschäftigten entsteht aber eine in vieler Hinsicht gleichartige Situation, das Innenleben einer Behörde gleicht dem Innenleben einer Konzernverwaltung, wie gesagt, das gilt für das Innenleben. In unserem Zusammenhang wichtig ist, dass beide Bereich, der öffentliche Sektor und die Wirtschaft im großen und ganzen ähnliche Arbeitskräfte nachfragen, d.h. auf den selben Arbeitsmärkten als Nachfrager auftreten und zwar tendenziell immer mehr.

kommenheit – fremde Glückseligkeit“ gefasst hat. In der Arbeit, die Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur ist, hat sich das fremde Bedürfnis als steuerndes, sinngebendes Element festgesetzt. Arbeitsprozesse, in denen die arbeitende Person in selbständiger Verfügung über eigene Zeit und Mittel Produkte zum eigenen Bedarf herstellt, sind in der heutigen Gesellschaft der BRD so gut wie verschwunden.

Gerade weil arbeitsteiliger Einsatz der Arbeitskraft für fast jede Art von Arbeitsgeschehen typisch geworden ist, werden die Unterschiede bemerkbar, die bei der Steuerung von Arbeitsprozessen walten.

1. Bei der Produktion marktgängiger Güter und Dienstleistungen in Form der Kapitalgesellschaft liefern zahlungsfähige Nachfrage und bezahlbare Ange-

bote Informationen über den gesellschaftlichen Bedarf.

2. Bei der Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen liefern diese Information die Entscheidungen der Wähler, die Haushaltsentscheidungen der Repräsentanten und die Entwicklung der Steuerkraft bzw. -bereitschaft.

Einen wichtigen Sonderfall bietet die Bereitstellung öffentlicher Güter im Bildungssystem.

2.1. Sie ist zunächst ein ganz gewöhnlicher Fall der Bereitstellung öffentlicher Güter, Aufwand und Richtung des Mitteleinsatzes wird auf politischem Wege ermittelt.

2.2. Bildung ist aber sodann nur als „Arbeit an sich selbst“ möglich, dieser Aufwand wird von den Zöglingen oder auch den erwachsenen Benutzern gestützt auf das öffentliche Angebot er-

bracht. Auch in diesem scheinbar völlig intimen Arbeitsprozess, in dem sich der Mensch mit sich selbst auseinandersetzt und sich als sein eigener Arbeitsgegenstand erfährt, wird der gesellschaftliche Bedarf steuernd wirksam. Er wird durch die Vorgaben des Lehrplanes und der Lehrkräfte artikuliert. Die Steuerung dieses Prozesses erfolgt durch Zertifizierung der Personen, die damit für Nachfrager auf dem Arbeitsmarkt einschätzbar werden sollen.

2.3. Im Bildungsprozess wirken drittens nicht nur die bereitgestellten Mittel und die Bereitschaft der Lernenden, im Sinne der Ziele des Lehrplans an sich zu arbeiten. Besonders bei der Primärsozialisation hängen die Entwicklungschancen der jungen Person von den Leistungen der primären sozialen Gemeinschaft, der Erziehungsgemein-

schaft oder Familie ab. Die Zeit, die in diesem Rahmen von den Erziehenden verausgabt wird, ist nur auf den ersten Blick und jedenfalls nur zum Teil eine Zeit freier Kommunikation und freien Auslebens. Die gesellschaftliche Nachfrage und Norm muss von den Eltern vertreten werden, damit der geforderte Einklang von Schule und Elterhaus erreicht wird, und damit ist auch diese Erziehungsarbeit als arbeitsteiliger Mitteleinsatz fest.

Diese Auflistung ist nicht gesucht und spitzfindig, sie ergibt sich aus der Beobachtung der Sozial- und Bildungspolitik, und macht erklärlich, dass Kindergeld, Erziehungsgeld u.ä. nicht als solidarische Wohltaten begriffen werden sollten, sondern als hartes Geschäft. Unter den gegebenen Verhältnissen führen diese Mittelzuweisungen Kontrollansprüche mit sich.

Qualifikation als „Arbeit für Andere“

Die Äußerung menschlicher Lebendkraft als Arbeitskraft stellt sich im System gesellschaftlicher Arbeitsteilung demnach in folgenden Sektoren dar:

1. Arbeit in der Produktion / Verteilung marktfähiger Güter (Wirtschaftseinheit / Arbeitskraft)

2. Arbeit bei der Bereitstellung öffentlicher Güter (Behörde als wirtschaftende Einheit / Arbeitskraft)

2.1. Arbeit an der Bereitstellung öffentlicher Bildungsangebote (Schule / Lehrkraft)

2.2. Arbeit an der Bereitstellung von Bildungsangeboten in der Primärsozialisation (Familie / Eltern)

2.3. Arbeit an sich selbst als Zögling in Einrichtungen (Schule / Schüler)

2.4. Arbeit an sich selbst im Familienzusammenhang (Familie / Kind)

2.5. Arbeit an sich selbst unter eigener Leitung (Pflichtbewusstsein / Zögling)

Die Arbeitsprozesse in den Sektoren 1 (Gewerbe), 2 (öffentliche Dienste) bleiben als „Arbeit für andere“ gut vergleichbar, fast alle Arten von Beschäftigung kommen in beiden Sektoren vor, der Unterschied prägt sich vor allem in den Steuerungsmechanismen aus, was auf den höheren Hierarchieebenen stärker und auf den unteren schwächer wirkt. Die Tiefe der Gliederung der Arbeitsteilung ist in einem „Amt“ oder einer „Konzernniederlassung“ nicht grundlegend verschieden.

Auch die Bereitstellung eines sozialen Umfelds in der Primärsozialisation ähnelt besonders nach der sachlichen Seite hin Arbeiten, die im gewerblichen Bereich oder im öffentlichen Dienst vorkommen.

Jedoch wird bereits hier ein Unterschied in der Steuerung des Arbeitsprozesses deutlich. Der gesellschaftliche Bedarf muss von den Betreibern der Einrichtung als eigenes Ziel aufgegriffen werden, das fremde Bedürfnis nimmt – anders als bei marktgängigen

Bezeichnung	Funktion in der Hierarchie	Typische Arbeitsbedingungen
Eigner	Fixieren das Kapital in einer Verwendung, verschieben es ggf. in eine andere. Wählen die Betriebsführung aus.	Verfügung über die eigenen Arbeitsbedingungen als Eigentum, ererbt, erworben, personalisiert oder repräsentiert (Anlegergemeinschaft);
Unternehmer	Realisieren auf der Basis von Krediten oder als ausgewählte Vorstände „neue Kombinationen“. Leiten das Unternehmen in diesem Sinn.	Blick auf die Entwicklung des gesellschaftlichen Bedarfs, d.h. der Märkte. Eigene Geschäftsidee, Kenntnisse vom Arbeitsprozess und vom Verwertungsprozess, Blickrichtung auf Lücken der Technik und der Märkte.
Verwalter	Betreiben Effizienzsteigerung unter Verwertungsgesichtspunkten. Ihre Arbeit weist sich in der Bilanz aus.	Kenntnis der gängigen effizienten Methoden der Kalkulation und Rechnungsführung; Fähigkeit, sie bei der innerbetrieblichen Organisation und bei den Operationen auf den Märkten einzusetzen. Fähigkeit Kompetenzen zu übertragen.
Technische Spezialisten	Repräsentieren ein aufwendig erarbeitetes Kulturkapital, das es ihnen ermöglicht, ein dementsprechend komplex organisiertes Sachkapital einzusetzen. Technik meint hier nicht nur Naturwissenschaftliches, sondern auch Soziales. Aufgabenbereiche werden von oben her zugewiesen.	Genaue und belastbare Kenntnisse von Teilbereichen der Produktion und Verwertung, bzw. die Fähigkeit, für betriebliche Zwecke aus dem Fundus der Wissenschaft zu schöpfen. Auf dem eigenen Fachgebiet höhere Kompetenz als beim Auftraggeber. Daher eine asymmetrische Konstitution in der Hierarchie.
Vorgesetzte	Organisieren den Arbeitsprozess mittels Anweisungen	Setzen vorgegebene Aufträge um, indem sie im Rahmen von Vorschriften über Sache und Menschen disponieren.
Fachkräfte	Können Anweisungen interpretieren und in Produkt oder Dienstleistung verwirklichen	Setzt vorgegebene Aufträge um, wobei das „Werkzeug“ in eigener Kompetenz zu führen ist.
Hilfskräfte	Müssen Anforderungen genügen, die durch Vorgesetzte oder das Gerät gegeben sind.	Arbeit unter Kontrolle durch Facharbeit in kurzen Zeitintervallen.
Unständige Kräfte	Entsteht durch das Spiel der Konjunkturen; die Zahl der Beschäftigten wird vom Umsatz (oben kaum, unten ganz) unterschiedlich beeinflusst, betrifft Hilfskräfte, zunehmend aber auch Fachkräfte und sogar Spezialisten.	Extreme Versachlichung der Arbeitskraft, die wie ein Rohstoff dem Arbeitsprozess zugeführt wird. Das technische Niveau der Arbeit kann unterschiedlich sein.

Kriterien des Arbeitserfolgs	Steuerung	Typische Konfliktlagen	Preisbildung
Rate und Masse des Profits, Aussicht auf Extraprofit, Marktbeherrschung ...	Bleibt die Verwertung unter dem Durchschnitt, geht das Kapital auf mittlere Frist unter.	Mit Konkurrenten, mit Beschäftigten als Kostenfaktoren, Vertrauensproblematik gegenüber Unternehmensfunktionären und Spezialisten.	Eigner. Rendite, Wachstumsaussichten des Unternehmens
Chance von Extraprofit auf dem Wege neue Kombination, d.h. vor allem höhere Produktivkraft.	Die Geschäftsidee hat entweder einen gesellschaftlichen Bedarf richtig antizipiert, oder es kommt zum Untergang des eingesetzten Kapitals / Kredits	Gegenüber Kapitaleignern, Kreditgebern, Wettbewerbern, auch gegenüber Repräsentanten „alter“ Kombinationen, staatlicher Regulation; angewiesen auf die Loyalität der ausführenden und untergebenen Kräfte.	Unternehmer werden spekulativ gezahlt. Wenn es um die Andersverwendung des gesellschaftlichen Reichtums geht, kommt es den Eignern darauf an, jene anzuwerben, die das Neue repräsentieren. Die Bezahlung ergibt sich aus der Konkurrenz auf einem strukturell eingeengten Markt. Die Preisbildung geht nach den Regeln der Versteigerung vor sich, d.h. lediglich durch die Zahlungsfähigkeit der Nachfrager begrenzt.
Rate und Masse des Profits, billig einkaufen, teuer verkaufen, Verwertung optimieren, intensive Verwertung der Arbeitskraft.	Die Verwalter bewegen sich auf den Einkaufs- und Verkaufsmärkten zumindest mit dem gesellschaftlich durchschnittlichen Geschick, oder es kommt zu Einbrüchen, die in der Bilanz sichtbar werden, sie werden dann ausgetauscht. Die Verwalter müssen sich bei der Umsetzung ihrer Anweisungen auf selbst urteilende Fachleute stützen.	Nach „oben“: Zu den Eignern wegen Rendite, zur Unternehmerfunktion wg. Risiko. Dann auch zu Konkurrenten um den Posten, zu beauftragten Spezialisten, deren Urteil sie hinnehmen müssen. Zu allen ausführenden Kräften wegen ausgeübter Zumutungen / Leistungsabforderung.	Für Verwalter gibt es bereits einen andere Situation, hier geht es nicht um Untergang oder Triumph, sondern um etwas mehr oder weniger Rendite, der Kontrollmechanismus der Bilanz, der unternehmerische Leistung nicht jederzeit ausreichend, greift hier ziemlich gut. Aufwand rechnet sich gegen den Gewinn. Für die erzielbaren Einkommen spielt die Betriebsgröße eine wichtige Rolle.
Effizienz im klassisch technischen Sinn; Optimierung von Arbeitsabläufen zunehmend auch unter Kosten- gesichtspunkten.	Sind davon abhängig, dass die Geschäftsidee einen gesellschaftlichen Bedarf aufgefunden hat, umgekehrt ist das Geschäft davon abhängig, dass sie bei der Umsetzung der Idee das gesellschaftlich durchschnittliche Kenntnisniveau mindestens repräsentieren, wenn nicht übertreffen. Müssen ab einem bestimmten Niveau der Aufgabe im Team arbeiten können.	Skepsis gegenüber der Geschäftsidee, Abwehr angesichts überanstrengender Zielvorgaben der Verwalter, Steuerungskonflikt zwischen „Kosten“ und „Qualität“. Zu den Kollegen im Team, auch wegen Karriere. Zur Umsetzung ihrer Arbeit in der Produktion.	Technische Spezialisten. Da man ihnen vertrauen muss, ist die Zertifizierung durch Zeugnisse wichtig. Sie liefert gleichzeitig ein Bewertungssystem. Bei der Preisbildung spielt eine erhebliche Rolle, wie umfangreich das Kapital ist, das durch ihre Urteile / Fehlurteile fließen oder beschädigt werden kann (etwa wie bei Gebühren von Rechtsanwälten, Notaren u.ä.). Wegen des erheblichen Aufwands der „Arbeit an sich selbst“ kommt es auch zu Engpässen bei der Zufuhr, die immer wieder zu Entlohnungsspitzen für gewisse Spezialisten führen, die sich nur langsam abbauen.
Ökonomisierung des Verbrauchs von Sachen und menschlicher Arbeitskraft	Sind mit der praktischen Seite des Arbeitsprozesses konfrontiert, in den sie unter Gesichtspunkten optimaler Verwertung eingreifen.	Ausrichtung an Vorgaben von „oben“, Leistungsabforderung nach „unten“.	Vorgesetzte. Der Marktwert bemisst sich an a) der Zahl der zu beaufsichtigenden Kräfte und b) dem Umfang des dabei eingesetzten Kapitals
Zeit / Ergebnis-Relation, Orientierung im Arbeitsprozess an der Qualität des Arbeitsproduktes.	Sind mit der Tücke des Objektes im Arbeitsprozess vertraut, müssen das Ergebnis der eigenen Arbeit in erheblichem Umfang selbst beurteilen, ihre messbare Arbeitsleistung muss den gesellschaftlichen Durchschnitt erreichen.	Arbeitsanstrengung in Konflikt zu personifizierten oder kodifizierten Vorgaben. Arbeitslohn / Rendite (Kostenfaktor im Betrieb), Arbeitslohn / Reproduktion (Kostenfaktor Lebensqualität).	Fachkräfte. Es entsteht Einkommen, das sich aus den Tages- / Jahresreproduktionskosten berechnet. Der Unternehmenserfolg kann sich ebenfalls auswirken (Übertarif). Da Ausbildung und Erfahrung erforderlich sind, entstehen Nachfragesituationen, die hartes Verhandeln ermöglichen.
Auf Abnahme des Arbeitsergebnisses durch Qualifizierte verwiesen.	Müssen nach Vorschrift arbeiten.	Arbeitslohn / unzulängliche Reproduktion.	Hilfskräfte: Nach unten offen, Einstchluss in kollektiv erstrittene Tarife entscheidend.
Aus dem sozialen Zusammenhang ausgebledet, nur zur Verwertung vorhanden.	Müssen um Weiterbeschäftigung werben.	Beschäftigung / Nicht Beschäftigung Arbeitslohn / unzulängliche Lebenssituation.	Unständige Kräfte: Situation des Nebenerwerbs, Zuerwerbs und des Versuchs, in einer Beschäftigung Fuß zu fassen. Nach unten offen, bedarf gesetzlicher Absicherung durch Mindestlöhne.

Gütern – nicht die Form der Nachfrage an und – anders als bei der öffentlichen Gütern – nicht die Form von Billigung z.B. durch Wahlakte und Steuerzahlung.

Die Steuerung orientiert sich an einer gesellschaftlichen Norm, die von den Akteuren als eigenes Ziel aufgegriffen sein muss, ähnliches geschieht wohl auch bei der Arbeit des Zögling an sich selbst.

Das öffentliche Bildungsangebot hingegen wird durch Haushalts-, Organisations- und Lehnplanbeschlüsse strukturiert.

Die enormen Schwierigkeiten einer akzeptablen Organisation des Bildungswesens werden verständlicher, wenn berücksichtigt wird, dass in den Bildungsprozessen ganz verschieden gesteuerte Systeme (Lehranstalt, Familie, Zöglinge) zusammenwirken müssen.

Qualifizierungsarbeit als Rückzugsgebiet?

Im sozialgeschichtlichen Rückblick zeigen sich Kleinlandwirtschaft, Kleingewerbe und Familie als Rückzugsbereiche für Arbeitskräfte, die aus der Sicht der industriellen Arbeitsteilung gerade überzählig sind. Sie verschwinden damit aus dem Blick der Öffentlichkeit, die sie nur im Fall verzweifelter Verarmung und als potentielle Gefahr wahrnimmt.

In einer modernen, perfektioniert arbeitsteiligen Gesellschaft ist die Bereitstellung von Arbeitskraft selbst eine Arbeit geworden ist, die auf ein Ergebnis zielen muss, das für andere interessant und brauchbar ist, und wenn z.B. fehlende oder schwache Vorleistungen im System Familie bedeutende öffentliche Mittel im Bildungssektor außer Funktion setzen, entsteht eine öffentliche Meinung, diese Vorleistungen aus öffentlichen Mitteln zu bezuschussen (und dann auch zu kontrollieren). So findet dann „Erziehungsarbeit“ Anerkennung als „Arbeit für andere“.

So lange Landwirtschaft und Hauswirtschaft auf der Stufe einfacher, unmittelbar praktischer Arbeit für den eigenen Bedarf vorkommen, bilden diese Sektoren ein großes Rückzugsgebiet, das Rückgänge der Arbeitsmarktnachfrage auffängt.

Die Landwirtschaft hat diesen Status lange hinter sich gelassen und ist heute spezialisierte Teilarbeit, die vom Landwirt nicht nur Kenntnis des Landbaus verlangt, sondern auch der verschiedenen Märkte, auf denen Produktionsmittel einzukaufen und Produkte zu verkaufen sind. Auch der Erfolg bei der Führung eines Haushaltes wird heute nicht mehr durch die unmittelbar Beteiligten festgestellt, das Produkt, die Arbeitskraft muss brauchbar sein für andere.

In der heutigen Gesellschaft kommen zu den Erwerbstätigten eine erhebliche Zahl von Menschen, die zielgerichtet, nach von anderen gesetzten Zwecken

tätig sein müssen, um die Reproduktion der Gesellschaft zu gewährleisten. Sie sind damit beschäftigt, die eigene Arbeitskraft auszubilden oder anderen dabei behilflich zu sein. Dass es sich um Arbeitsfunktionen handelt, zeigt sich daran, dass sie durch Hilfskräfte im Haushalt oder zeitsparende öffentliche Einrichtungen ersetztbar sind. Was sie tun, muss getan werden, damit qualifizierte Arbeitskraft zur Verfügung steht.

Sozialpolitik als Finanzierung von Qualifizierungsarbeit

Die Arbeitsteilung der modernen Gesellschaft hat sich so weit differenziert, dass die Qualifizierung der Arbeitskraft kaum noch nebenbei, als kostenlose Begleiterscheinung von Lebens- und Arbeitsprozessen zu haben ist. Sie muss als eigene Ausbildungs- und Erziehungstätigkeit geleistet und bis zu einem gewissen Grade auch vergütet werden. Auf diese Situation stellt sich die Staatspolitik ein durch:

- Zuwendungen an den Bereich der Primärsozialisation, Familie und Kinder.
- Aufwendungen für öffentliche Anstalten, die Erziehung und Ausbildung unterstützen.
- Einrichtung von Institutionen und Anreizsystemen, die die Zöglinge kontrollieren und disziplinieren.
- Ratlosigkeit angesichts der Verluste an Ausbildungskompetenz in Gewerbe und öffentlichen Diensten.

Angesichts der hohen Anforderungen an die Qualität der Arbeitskraft und angesichts des beträchtlichen Aufwandes, der für Qualifizierung von der Öffentlichkeit und von den Beteiligten getrieben werden muss, ergibt es sich keineswegs von selbst, dass gerade die Personen, die durch irgendwelche Nachfrageränderungen bei Gewerbe, im Dienstleistungsbereich oder im öffentlichen Dienst auf den Arbeitsmarkt geworfen werden, Funktionen des Lernens oder des Lehrens übernehmen können, besonders nicht im klassischen Schulbetrieb oder im klassischen Familienleben mit Oberhaupt und Ernährer. Es entstehen Qualifizierungshindernisse, die nur durch erhebliche Leistungen der Öffentlichkeit überwunden werden können.

Fazit

Wir sind in unserer Diskussion zu einer Auseinandersetzung mit Modellen der Absicherung von Grundeinkommen, Kombilohn usw. noch nicht gekommen.

Zu vermuten ist aber, dass die moderne Gesellschaft den Personen, die sie bilden, einen gewissen Umkreis von Lebensmitteln und -chancen gewährleisten muss. Diese Plattform muss so ausgestattet sein, dass von ihr aus eine Reihe von Angeboten an Arbeit erreichbar sind, besonders Chancen zur Verbesserung des Arbeitsangebotes, zur Qualifizierung.

Martin Fochler

Maschinenbau erwartet wieder Auftragsrekorde

Auftragsrekorde. FAZ, 28.3.06. Die deutschen Hersteller von Großanlagen werden in diesem Jahr wieder das Rekordniveau im Auftrageingang von 24 Mrd. Euro erreichen, so D. Rosenthal, stv. Vorstandssprecher der Arbeitsgemeinschaft Großanlagenbau im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA). Dies betrifft Kraftwerke, Hütten- und Walzwerke oder Chemieanlagen. Damit befindet sich die Branche im zweiten Jahr in Folge auf einem Höhenflug. Insgesamt steigt der Auftrageingang um 38 %. Grund hierfür sind u.a. die guten Geschäfte im Norden und Mittleren Osten, dem größten Absatzmarkt außerhalb von Deutschland. Trotz der hervorragenden Beschäftigungslage ging die Beschäftigtenzahl um 1000 auf 52 000 zurück. Rosenthal sieht eine Ursache in den „starren Arbeitsmarktbedingungen“. „Der Großanlagenbau braucht einen flexiblen Arbeitsmarkt.“

Tarifeinigung für Zeitarbeit-Beschäftigte. FAZ, Do., 30.3.06. – Der Bundesverband Zeitarbeit (BZA) und die DGB-Einzelgewerkschaften einigten sich auf eine Tariferhöhung von 2,5 %. Die unterste Entgeltgruppe erhält dann – statt bisher 7,02 – jetzt 7,20 Euro. Noch keine konkreten Ergebnisse gibt es bei den Verhandlungen über einen Mindestlohn tarifvertrag.

Gesamtmetall fürchtet „falsches Bild Deutschlands“. Die Arbeitgeber kritisierten die Warnstreiks, die die Arbeitgeber aufforderten, ein Angebot vorzulegen, scharf. Gesamtmetall-Präsident M. Kannegießer sagte, es sei bedauerlich, dass sofort nach Ablauf der Friedenspflicht mit wochenlang im voraus ausgetüftelten Warnstreiks solche Bilder erzeugt würden. Dies zeichne ein falsches Bild Deutschlands und bringe die Tarifverhandlungen kein Stück voran. BDA-Präsident D. Hundt forderte die IG Metall auf, die Streiks umgehend zu beenden. Um Beschäftigung in Deutschland zu halten, seien eine moderate Beschäftigungspolitik und weiter Gestaltungsspielräume auf betrieblicher Ebene erforderlich. „Bislang hat die IG Metall alle Appelle ignoriert.“

DIHK für Kernenergie. L. G. Braun, Vorsitzender des DIHK, tritt für einen „tragfähigen Mix verschiedener Energien“ ein unter Einbeziehung der Kernenergie. Er lehnt „Dauersubventionen“ für erneuerbare Energien ab. Auch alternative Energien müssten sich im Wettbewerb behaupten. Eine Verlängerung der Restlaufzeiten für Atomkraftwerke sei zu überprüfen. Bei einer Umfrage des DIHK von 1100 Unternehmen hätten 71 Prozent den Atomausstieg als nicht gerechtfertigt bezeichnet. Presseausswertung: rst

Der folgende Artikel ist einem „Policy Paper“ (deutsch: Politik-Papier) des „Deutschen Instituts für Menschenrechte“ in Berlin entnommen. Aus Platzgründen ist es teilweise gekürzt. Die vollständige Fassung findet sich unter www.institut-fuer-menschenrechte.de.

Wie aktuell die darin angesprochenen Fragen auch für die Innen- und Sicherheitspolitik der CDU/CSU und der SPD weiterhin sind, zeigte sich in dem kürzlichen Urteil des Bundesverfassungsge-

richts, in dem das Gericht den Abschuss eines evtl. von Terroristen entführten Passagierflugzeugs durch Bundeswehrmaschinen ausdrücklich verbot. Lediglich FDP und Linkspartei PDS hatten im Bundestag dagegen gestimmt. Auch hier hatten Union und SPD mit dem Argument einer „Ausnahmesituation“ grundlegende Menschenrechte außer Kraft setzen wollen. Auch bei dem immer noch nicht eingesetzten so genannten „BND-Untersuchungsausschuss“, der sich u.a. mit dem Vorwurf der Mit-

wissenschaft der Bundesregierung bei der Entführung deutscher Staatsangehöriger durch den CIA, der Nutzung deutscher Flughäfen für CIA-Gefangenentransporte und der Verwendung von Aussagen von Gefolterten für hiesige Ermittlungen befassen soll, geht es u.a. darum, ob deutsche Staatsorgane in den letzten Jahren dazu übergegangen sind, gravierende Verletzungen der Menschenwürde mit ähnlichen Argumenten zumindest billigend in Kauf zu nehmen.

rül

Das Folterverbot im Rechtsstaat

I. Ein Menschenrechtsprinzip in der Krise?

Nackte, gesichtslose Menschen wie Fleischberge aufeinandergestapelt, ein angeketteter wehrloser Gefangener von Hunden bedroht, als Trophäen zur Schau gestellte Leichen – die Folterbilder aus dem Irak schockieren und lösen Empörung aus. Was sie zeigen, ist in den Polizeistationen und Haftanstalten vieler Staaten tagtägliche Realität.

In merkwürdigem Kontrast zu der Empörung, die die Bilder von Abu Ghraib allenthalben hervorrufen, findet in Deutschland derzeit eine Debatte darüber statt, ob Folter unter bestimmten Umständen – als letztes Mittel zur Abwehr schwerwiegender Gefahren – nicht doch gestattet sein sollte. In der wissenschaftlichen, insbesondere der rechtswissenschaftlichen Fachdiskussion tauchen Überlegungen über eine mögliche Zulassung von Folter bislang zwar nur vereinzelt auf; immerhin sind sie aber schon bis in die quasi-offizielle Kommentierung des Grundgesetzes vorgedrungen.¹

Dass Plädoyers für eine Aufweichung des Folterverbots in der Öffentlichkeit durchaus starke Resonanz finden können, hat die Diskussion um das Verhalten des Vizepräsidenten der Frankfurter Polizei, Wolfgang Daschner, gezeigt, der im Herbst 2002 einem Kindesentführer Folter angedroht hatte, um ihm Informationen über das Versteck des (wie sich herausstellten sollte: damals bereits ermordeten) Kindes abzuzwingen. Politiker aus unterschiedlichen Parteien und einzelne hohe Repräsentanten der Justiz brachten nach Bekanntwerden dieses Vorfalls spontan Verständnis oder Zustimmung für das Vorgehen Daschners zum Ausdruck.² Noch deutlichere Töne waren in zahlreichen Leserbriefen zu vernehmen, in denen nicht selten offene Bewunderung für die Haltung des Polizei-Vizepräsidenten anklang.

Noch gehen Menschen, die – wie jüngst Michael Wolffsohn, Historiker an der Bundeswehr-Universität München – öffentlich über eine mögliche Legiti-

mität von Folter im Kampf gegen den Terrorismus sprechen,³ das Risiko ein, damit Proteste auszulösen. Man sollte sich jedoch nicht darauf verlassen, dass dies auf Dauer so bleibt. Es ist durchaus denkbar, dass angesichts der Bedrohung durch den Terrorismus, die spätestens mit dem Anschlag vom 11. März 2004 in Madrid auch unmittelbar Europa erreicht hat, mit der Zeit eine Stimmung entsteht, in der der Einsatz von Folter immer mehr „denkbar“ wird. Es können sich Sprachregelungen einbürgern, die das Skandalwort „Folter“ bewusst vermeiden (und beispielsweise statt dessen den Begriff „Aussageerzwingung“ verwenden), um dadurch bisher bestehende Grenzlinien aufzuweichen. Die sukzessive Erosion des Folterverbots ist eine reale politische Gefahr.

Mit dem vorliegenden Policy Paper bekräftigt das Deutsche Institut die ausnahmslose Geltung des Folterverbots, wie sie in den internationalen Menschenrechtskonventionen verankert ist. Zunächst soll auf der Grundlage der Menschenwürde der Sinn des ab-

soluten Folterverbots dargelegt werden (II). Es folgt eine kritische Auseinandersetzung mit dem (in Varianten immer wieder vorgetragenen) „ticking bomb“-Szenario (III) und der in die Diskussion eingebrachten Kategorie eines „Feindstrafrechts“ zur Terrorismusabwehr (IV). Abschließend wird daran erinnert, dass die menschenrechtlichen Grundlagen des Rechtsstaats auch in Zeiten zunehmender Terrordrohung nicht zur Disposition gestellt werden dürfen (V).

II. Menschenwürde und Folterverbot

(...) Menschenrechte sind nicht disponibel, sondern im Kern „unveräußerlich“, weil die Unverfügbarkeit der Menschenwürde in ihnen politisch-rechtlich zum Ausdruck kommt. In diesem Sinne heißt es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948, dass „die Anerkennung der innewohnenden Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der menschlichen Familie die Grundlage der Freiheit, der Gerech-



Protest anlässlich der Inauguration Bushs in Washington

tigkeit und des Friedens in der Welt“ bildet.⁵ Nach der politischen Katastrophe des NS-Terrorregimes und unter dem Einfluss der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte setzt auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 1 mit dem Axiom der unantastbaren Würde des Menschen ein, deren Achtung und Schutz höchste Staatsaufgabe ist. Daran schließt sich das Bekenntnis des deutschen Volkes zu „unveräußerlichen und unverletzlichen Menschenrechten“ an.

Für die meisten Menschenrechte gilt, dass sie unter bestimmten, eng definierten Umständen Einschränkungen erfahren können. Sie können darüber hinaus im Falle unmittelbarer Kollision gegen andere Menschenrechte konkret abgewogen⁶ und in der Situation eines Staatsnotstands – unter streng geregelten Bedingungen – zeitweilig beschränkt werden. Für das Folterverbot bestehen diese Möglichkeiten nicht. Es entzieht sich jeder Abwägung mit an-

deren Rechtsgütern (auch mit anderen menschenrechtlichen Ansprüchen) und behält seine ausnahmslose Geltung selbst im Falle von Notstand oder Krieg. Sowohl in den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen als auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention gilt das Folterverbot ohne jede Einschränkung; es ist ein *absolutes Verbot*.⁷ Exemplarisch zitiert sei aus der Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen von 1984, die klarstellt: „Außergewöhnliche Umstände gleich welcher Art, sei es Krieg oder Kriegsgefahr, innenpolitische Instabilität oder ein sonstiger öffentlicher Notstand, dürfen nicht als Rechtfertigung für Folter gelten gemacht werden.“⁸

Die Absolutheit des Folterverbots stützt sich nicht nur auf normative Überlegungen, sondern zugleich auf konkrete Unrechtserfahrungen. Immer wieder hat sich dabei gezeigt, dass die Folter nicht nur eine *Missachtung* der Menschenwürde darstellt (wie dies bei

allen Menschenrechtsverletzungen der Fall ist), sondern die *vollständige und systematische Negierung der Menschenwürde* bedeutet. Wie sonst vielleicht nur im Falle der Versklavung⁹ wird der Mensch in der Folter restlos verdinglicht, das heißt zur willkürlich benutzbaren „Sache“ herabgewürdigt. Die Folter verfolgt das Ziel, den Willen des Betroffenen zu brechen und ihn – auf ein hilfloses Bündel von Schmerz, Angst und Scham reduziert – als Mittel zur Informationsgewinnung, Einschüchterung oder Demoralisierung zu missbrauchen. Die schwarzen Kapuzen, die man auf den Folterbildern von Abu Ghraib sieht, stehen dafür, dass die Folter dem Menschen buchstäblich das Gesicht raubt und ihn damit als eigenständiges Subjekt zerstören will. Die Folgen solcher Erfahrung für das Opfer sind gravierend. Bekannt ist das Wort Jean Amerys, dass, wer der Folter erlag, nicht mehr heimisch werden kann in der Welt. Selbstachtung und Selbstvertrau-



Die AG Wohnen der Linkspartei PDS befasste sich mit dem Verkauf der WOBA-Wohnungen in Dresden und fasste am 11.3. folgende Erklärung:

Vollständiger WOBA-Verkauf signalisiert politischen Handlungsbedarf

Die AG Wohnen befasste sich am 11. März 2006 mit den Ergebnissen und politischen Folgen des am 9. März 2006 mit Stimmen einer Mehrheit auch von Linkspartei-Stadträten gefassten Beschlusses zum 100-prozentigen Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaft WOBA in Dresden an internationale Finanzfonds. Auch wenn wir die Finanznot der Städte kennen und gewiss sind, dass die Stadtverordneten der Linkspartei in Dresden, die seit vorinem Sommer um diese Entscheidung gerungen haben, diese als erfahrene KommunalpolitikerInnen sicher nicht leichtfertig getroffen haben, sind wir in Sorge um die Wirkungen für die Stadt Dresden und darüber hinaus für die sozialen und politischen Folgen, die sich aus einem solchen Beispiel für die bisherige soziale Wohnungsversorgung und das Ansehen und die Wirkung der sozialen Wohnungspolitik der Linkspartei PDS ergeben.

Deshalb wenden wir uns an den Vorstand der Linkspartei PDS mit der folgenden Position und den folgenden Vorschlägen.

In zahlreichen Kommunen und von Mitgliedern und Zusammenschlüssen der Linkspartei PDS wird der am 9. März in Dresden vom Stadtrat beschlossene Verkauf der bisher 100prozentigen kommunalen Wohnungsgesellschaft (WOBA) diskutiert und mit Sorge betrachtet. Gerade weil dieser

Beschluss auch durch die Zustimmung von Mitgliedern aus der Stadtratsfraktion der Linkspartei PDS die erforderliche Mehrheit erhielt, wollen wir die nachfolgenden Risiken nicht außer acht lassen und sehen uns in der Pflicht, Vorschläge zu ihrer Beherrschung unterbreiten. Denn wir wissen, trotz der vielfach geäußerten Erleichterung über die momentane Entschuldung der Stadt sind die Ursachen, die dazu führten, nicht beseitigt sind. Auch eine noch so prägnant ausgehandelte Sozial-Charta für die Mieterinnen und Mieter wird nur wirksam, wenn die Stadt und der einzelne Mieter auch den Mut, die notwendige Unterstützung und die finanziellen Möglichkeiten haben, sich gegen mögliche Verletzungen zur Wehr zu setzen.

Schuld an der Finanzmisere der Kommunen ist eine Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung über Jahre, die dazu führte, dass die Steuereinnahmen und die Zuweisungen aus Landes- und Bundesmitteln an die Kommunen immer geringer geworden sind. Eine grundlegende Lösung wäre durch eine Steuerreform, die eine gerechte Besteuerung der Aktien- und Anlagengewinne sowie der großen Vermögen, wie sie die Linkspartei vorschlagen hat, möglich.

Es gibt einen Investitionsstau von mehreren Milliarden Euro bei der Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen, Turnhallen, Sozialeinrichtungen, öffentlichen Verkehrswegen und sonstigen Infrastruktureinrichtungen in den Kommunen.

In dieser Notlage sehen die Kommunen die Lösung, sich aus Schulden- und Zinslast zu befreien, oft nur noch in der Aktivierung, d. h. Veräußerung städti-

schen Eigentums, so wie jetzt in Dresden geschehen.

Begünstigt wird das dadurch, dass internationales Finanzkapital in der Bundesrepublik massiv auf Übernahme von kommunalen, anderen in öffentlicher Hand befindlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbauten drängt, weil es sich davon offensichtlich satte Profite verspricht. Und diese Gewinne sollen – so wird von Vertretern der Finanzfonds eingeräumt – mit höherer Effizienz, d. h. Arbeitsplatzabbau in den Unternehmen, höheren Mieten durch Modernisierungen und Weiterverkauf der Wohnungen an Dritte erzielt werden.

Nachdem bis Ende 2005 schon über 530.000 Wohnungen aus öffentlichem, faktisch gemeinnützigem Eigentum an profitorientiertes, global agierendes Finanzkapital übergegangen sind, rechnet diese Branche mit weiteren 1,5 Millionen Wohnungen, die in Bälde „an den Markt kommen“ werden.

Dadurch droht eine wesentliche Säule der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine wichtige Bedingung für soziales Wohnen in Deutschland weg zu brechen. Angesichts des hohen Konsolidierungsbedarfs der kommunalen Haushalte und des Finanzbedarf vieler kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungunternehmen droht der Dresdner Verkauf zum Beginn einer verhängnisvollen Spirale zu werden, an deren Ende die Städte fast gänzlich ohne Eigentum da ständen und die immer schwierigeren sozialen Versorgungsprobleme lösen müssten.

Da der Dresdner Verkauf als Vorbildlösung zu wirken droht, muss dem begegnet werden. Dabei ist nicht auszuschließen, dass weitere Fraktionen der



en sowie das Grundvertrauen in andere Menschen und in die Gemeinschaft erleben durch die Folter einen Bruch, der in vielen Fällen nicht mehr geheilt werden kann und zum lebenslangen Trauma wird.

Kants Formulierung des kategorischen Imperativs, nämlich die unbedingte Forderung, so zu handeln, „dass du die Menschheit sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, nie-mals bloß als Mittel brauchst“¹⁰ wird in der Folter ins Gegenteil verkehrt: Die Funktionalisierung des Menschen zum bloßen Mittel ist vollständig, und sein Anspruch auf Achtung als Selbstzweck wird restlos negiert. Mit der Negierung der Würde des Gefolterten verstößen die Folterer zugleich gegen ihre eigene Würde. Und ein Staat, der Folter anordnet, Foltertechniken entwickelt und Folterspezialisten ausbildet, negiert nicht nur die Würde der Opfer, sondern gibt damit den Anspruch auf Achtung der Men-

Linkspartei.PDS sowohl das Parteiprogramm mit seiner Forderung nach Überwindung der Profitdominanz als auch den erst kürzlich gefassten Parteitagsbeschluss zu den kommunalpolitischen Richtlinien mit seinem klaren Bekenntnis gegen den vollständigen Verkauf öffentlicher Wohnungsbestände missachten.

In dieser Situation hält es die AG Wohnen beim Parteivorstand für notwendig, eine Reihe von Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit, zur Herausarbeitung von Lösungen für das soziale Wohnen in Zeiten angespannter Haushalte und zur Herbeiführung einer einheitlichen Position innerhalb der Partei vorzuschlagen.

Wir sind der Auffassung, sowohl der Vorstand als auch die Gliederungen der Linkspartei sollten sich mit diesem Politikfeld, dass immer akuter in die kommunalen Belange und damit in die Lebenswirklichkeit vieler Menschen eingreift, intensiver befassen und politische Alternativen entwickeln.

Deshalb schlägt die AG Wohnen dem Bundesvorstand vor:

1. Die vollständige Privatisierung kommunaler Wohnungsunternehmen in einer Stadt oder Kommune sollte verhindert werden, um den wohnungspolitischen Gestaltungsspielraum zu erhalten. Über diesen Grundsatz der in den Kommunalpolitischen Leitlinien der Linkspartei, festgelegt ist, sollte in den Gliederungen der PDS stärker informiert und debattiert werden. Wir schlagen dazu die Herausgabe eines Informationsheftes vor, das wir gemeinsam mit der Bundestagsfraktion inhaltlich entwickelt wollen.
2. Wir schlagen vor, Analyse und Ver-

fassung einer Expertise zu finanzpolitischen und kommunalen Alternativen zum Komplettverkauf von städtischen Gesellschaften durch linke Kommunalwirtschaftler und die Linkspartei. PDS in Regierungsverantwortung anzuregen.

3. Gemeinsam mit den Landesverbänden und den Fraktionen in Bundestag und Landtagen sollten Grundsätze der Wohnungsprivatisierung entwickelt werden, die auf Mieterprivatisierung und Genossenschaftsbildung orientieren, auf der Basis der 8 Grundsätze, wie sie in Berlin schon angedacht wurden.
4. Vor dem Hintergrund der Dresdner Entscheidung zum vollständigen Verkauf, werden die Dresdner Kollegen angeregt, zusätzliche Instrumente zur Sicherung und Durchsetzung der Sozial-Charta für die Mieterinnen und Mieter – zum Beispiel die Einrichtung einer öffentlichen Mieterberatung bzw. Mietergerichtshilfe – im Stadtrat durchzusetzen.
5. Der Bundesvorstand wird aufgefordert, gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung einen Bundeskongress „Soziales Wohnen“ zu initiieren und zu organisieren, auf dem Analysen, Expertisen und Alternativen zum Verkauf öffentlichen Wohneigentums unter Beteiligung von Experten debattiert und ausgetauscht werden können. Die AG Wohnen erklärt sich bereit, an der inhaltlichen Vorbereitung mitzuwirken.

DIE LINKE. schlägt Petra Pau als Bundestagsvizepräsidentin vor.

Die Fraktion DIE LINKE. hat auf Vor-

schlag von Lothar Bisky einstimmig Petra Pau, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Leiterin des Arbeitskreises „Bürger/innenrechte und Demokratie“, für das Amt einer Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages nominiert.

DIE LINKE. hatte den ihr zustehenden Posten aus Protest gegen die in der Geschichte des Bundestags beispiellose Nicht-Wahl von Lothar Bisky zunächst unbesetzt gelassen. Er war im November auch im vierten Anlauf nicht gewählt worden – nachdem die Linkenfraktion zuvor die Kandidaten der anderen Fraktionen mitgewählt hatte.

Petra Pau gehört dem Bundestag seit 1998 an, hat dreimal ein Direktmandat errungen und zwischen 2002 und 2005 gemeinsam mit Gesine Lötzsch als Einzelkämpferin die Fahne der Linken im Bundestag hochgehalten. Im Innenausschuss wird sie als Fachfrau akzeptiert. Sie hat in den letzten Wochen den Untersuchungsauftrag für den Untersuchungsausschuss zur Frage der Achtung der Bürger- und Menschenrechte beim Kampf gegen den Terrorismus maßgeblich mit ausgehandelt.

Petra Pau sagte, es gebe gute Gründe, nach dem „Afront“ gegen Lothar Bisky das Amt nicht mehr zu besetzen. In der Abwägung des Für und Wider sei sie aber zu dem Schluss gekommen, sich nach dem Vorschlag Lothar Bisks dieser Aufgabe zu stellen und die Möglichkeiten des Amtes zu nutzen, um besonders die Themen Demokratie und Bürgerrechte in den Vordergrund stellen und in den Kampf gegen den Rechtsextremismus einzubringen.

Voraussichtlich findet der Wahlgang in der ersten Sitzungswoche im April statt. *Zusammenstellung: jöd*

schenwürde im Ganzen preis.

III. Das „ticking bomb“-Szenario

Auch wenn die öffentliche Abscheu gegenüber Folterpraktiken fast einhellig ist, werden in letzter Zeit immer häufiger Einwände gegen die Absolutheit des Folterverbots angemeldet. Infrage gestellt wird nicht das Folterverbot an sich, wohl aber die *ausnahmslose Gelung des Verbots*. Meist geschieht dies unter Verweis auf eine mögliche unmittelbare und massive Bedrohung, von der angenommen wird, dass sie nur durch Anwendung aller verfügbaren Mittel, einschließlich der Folter, abgewendet werden könne.

Dieses Argument trägt in der deutschen rechtswissenschaftlichen Literatur seit mehreren Jahren Winfried Brugger, Professor für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie, vor.¹⁴ Während öffentliche Äußerungen zur möglichen Zulassung von Folter hierzulande meist en passant stattfinden – das heißt in Form von Andeutungen oder Hinweisen, die nicht näher ausgeführt werden –, entwickelt Brugger seinen Gedankengang in systematischer Weise und stellt ihn in den Kontext einer juristischen Fachdebatte. Gleichzeitig nimmt er für sich in Anspruch, dass seine Überlegungen einen unausgesprochenen politischen „common sense“ repräsentieren und, sofern man sich auf sie einlässt, breite Zustimmung erfahren könnten.

Bruggers Gedankengang setzt mit einer fiktiven Extremsituation ein:¹⁵ Eine von Terroristen platzierte Chemiebombe, die in wenigen Stunden explodieren wird, droht zahlreiche Menschen zu vernichten. Die Polizei wird eines mutmaßlichen Terroristen habhaft, der über die Informationen verfügt, die man braucht, um die Katastrophe abzuwenden. Sonstige Möglichkeiten der Gefahrenabwehr – etwa durch Erfüllung der Forderungen der Terroristen – bestehen nicht. Brugger plädiert dafür, in einer solchen Situation von Staats wegen Folter einzusetzen, um die eventuell le-

bensrettenden Informationen aus dem mutmaßlichen Terroristen herauszupressen.

(...) Um für den Kampf mit terroristischen Verbrechern gerüstet zu sein, braucht der Staat nach Bruggers Überzeugung neue und erweiterte Eingriffsbefugnisse – bis hin zu der Option, in Grenzfällen Folter anwenden zu können. Das skizzierte Krisenszenario ist insofern zukunftsgerichtet: Es dient dazu, zusätzliche Befugnisse staatlichen Handelns zu erschließen, damit der Staat für künftige Bedrohungen besser gerüstet ist. Die Möglichkeit des Einsatzes von Folter ist in Bruggers Argumentation somit von vornherein mehr als nur eine theoretische Denkmöglichkeit in einer unabsehbaren existenziellen Extremsituation; sie wird zu einer *politischen Handlungsoption*, auf die der Staat sich aktiv vorbereiten soll.

Brugger weiß um die rechtspolitischen Risiken seiner Forderung. Deshalb will er den möglichen Einsatz von Folter auf äußerste Grenzfälle beschränken. Die Folter soll, wie er versichert, eine Ausnahme bleiben. Im Kontext staatlichen Handelns ist die für eine bestimmte Situation ermöglichte Ausnahme indessen von vornherein mehr als eine bloße Ausnahme: Sie wird sofort zum *Präzedenzfall*, der über die konkrete Situation hinaus auf andere, mehr oder weniger ähnlich gelagerte Fälle verweist. Die Logik der Argumentation mit Grenzsituationen führt zwangsläufig dazu, die für den einen Grenzfall eröffneten Sonderbefugnisse auf immer wieder neue – gleichsam benachbarte – Grenzfälle auszuweiten. Aus dem einen *Grenzfall* wird auf diese

Weise schließlich ein ganzer Grenzbereich, in dem Folter um der Gefahrenabwehr willen zulässig sein soll. In der Sonderregelung für einen Ausnahmefall ist insofern angelegt, dass eine *Zone des Sonderrechts* entsteht, in dem das Folterverbot außer Kraft gesetzt ist. Bruggers Gedankengang mündet denn auch nicht zufällig in das Plädoyer für die „Spezifizierung und Herausnahme einer Fallgruppe, in der das absolute Folterverbot zu widersinnigen und ungerechten Ergebnissen ... führen würde“.¹⁶ (...)



Zelle im Isolationstrakt, JVA Celle. Unten: Folterkeller der französischen Kolonialmacht im Algerien-Krieg

IV. Die Kategorie des „Feindstrafrechts“

Während sich Brugger für die rechtsstaatlich kontrollierte Zulassung von Folter einsetzt (was einen Widerspruch in sich bedeutet), hat der Bonner Strafrechtsprofessor Günther Jakobs eine Kategorie in die Debatte eingebracht, mit der systematisch *Zonen völliger Rechtlosigkeit* geschaffen werden. Es ist dies die Kategorie des „Feindstrafrechts“.²² Jakobs unterscheidet zwischen *Bürgerstrafrecht* und *Feindstrafrecht*.²³ Während im Rahmen des Bürgerstrafrechts auch Täterinnen und Täter beziehungsweise Beschuldigte prinzipiell als Mitglieder der Rechtsgemeinschaft geachtet werden, ist die Achtung der Menschen als Rechtspersonen im „Feindstrafrecht“ für eine bestimmte Gruppe von Menschen außer Kraft gesetzt. Das Feindstrafrecht soll nach Jakobs dann zur Anwendung kommen, wenn Menschen sich derart fundamental gegen die Rechtsordnung stellen, dass mit ihnen keine rechtliche Gemeinschaft möglich sei.²⁴

Der Begriff des Feindstrafrechts entspricht der Sache nach exakt der Kategorie des „unlawful enemy combatant“, die die US-Administration für die Internierten in Guantanamo Bay geprägt hat, um ihnen sowohl den völkerrechtlichen Status von Kriegsgefangenen abzusprechen als auch den Schutz des Strafrechts beziehungsweise des Strafprozessrechts vorzuenthalten.²⁵ Tatsächlich macht sich Jakobs dafür stark, Terroristen und andere fundamentale Staatsgegner nicht mit Mitteln des Strafrechts zu bekämpfen, weil dadurch „dem Staat eine Bindung auferlegt wird – eben die Notwendigkeit, den Täter als Person zu respektieren – die gegenüber einem Terroristen, der die Erwartung generell personalen Verhaltens gerade nicht rechtfertigt, schlechthin unangemessen ist“.²⁶

Die rechtliche Anerkennung als Person, die im Bürgerstrafrecht auch dem mutmaßlichen oder verurteilten Straftäter zuerkannt wird, gilt nach Jakobs



im Falle des Feindstrafrechts gerade nicht.²⁷ Mehr noch: Den vermeintlichen Feind als Unperson zu behandeln, sei für den Staat in der Krise nicht nur erlaubt, sondern zugunsten eines von Jakobs unterstellten vorrangigen Bürgerrechts auf Sicherheit sogar geboten. „Wer keine hinreichende Sicherheit personalen Verhaltens leistet, kann nicht nur nicht erwarten, noch als Person behandelt zu werden, sondern der Staat darf ihn auch nicht mehr als Person behandeln, weil er ansonsten das Recht auf Sicherheit der anderen Personen verletzen würde.“²⁸

(...) In der Zone der Rechtlosigkeit, die durch das Feindstrafrecht geschaffen wird, ist der Einsatz von Folter keine Ausnahme mehr, sondern – systematisch gesehen – eine gegen „Feinde“ jederzeit verfügbare Option. Und zwar handelt es sich um eine Option, über die man gar nicht mehr reden muss! Dies deckt sich mit der Praxis vieler Staaten, in denen Folter typischerweise nicht förmlich geregelt wird (wie Brugger dies für Grenzfälle postuliert), sondern in staatlich geschaffenen Zonen der Rechtlosigkeit *unausgesprochene Billigung* erfährt.

(...) Die Brisanz dieser Fragen besteht nicht zuletzt darin, dass im Feindstrafrecht konsequenterweise auch das Prinzip der *Unschuldsvermutung* außer Kraft gesetzt ist. Wenn der Staat aber jedem Menschen, den er für seinen „Feind“ hält, die Unschuldsvermutung vorenthalten kann, dann verliert die Unschuldsvermutung generell ihre Geltung. Dasselbe gilt auch für die anderen Grundrechte, die zum Gegenstand sicherheitspolitischer Ermessensentscheidungen werden. Niemand kann sich folglich mehr sicher sein, dass der Staat ihn als Person achtet und ihm gegenüber rechtsstaatliche Prinzipien einhält. Mit anderen Worten: Die Rechtlosigkeit, die zunächst nur die „Feinde“ treffen soll, bleibt kein Bereich an der Grenze des Staates, sondern durchzieht zwangsläufig das Ganze des Staates und zerstört den Rechtsstaat *im Kern*.

Ein Staat, der die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien zur Sache sicherheitspolitischen Ermessens degradiert, hat sich von der Bindung an das Recht gelöst, und zwar restlos. Und ein Staat, der sich einmal darauf eingelassen hat, einer Gruppe von Menschen (oder auch nur einem einzelnen Menschen!) das Etikett der „Unperson“ zu verpassen, setzt damit das Gebot der Achtung der Menschenwürde für sich prinzipiell außer Kraft. Ein solcher Staat hat folglich das Prädikat „Rechtsstaat“ verwirkt.²⁹

V. Unveräußerliche Normen des Rechtsstaats

Für einen Rechtsstaat gibt es keine Alternative zur ausnahmslosen Einhaltung des Folterverbots. Die Vorstellung, man könne die Folter für bestimmte

Grenzfälle vorsehen und zugleich in „rechtsstaatlichen Schranken“ halten, ist in sich widersprüchlich; sie hat sich auch in der Praxis längst als illusionär erwiesen. Bei Fragen, in denen die Menschenwürde auf dem Spiel steht, sind für einen Rechtsstaat außerdem Klarheit und Konsequenz geboten. Der Staat darf es nicht dazu kommen lassen, dass ein in der Theorie aufrechterhaltenes Folterverbot praktisch leer läuft, weil den Sicherheitsorganen für den Fall der Fälle indirekt Straffreiheit signalisiert wird. Er darf nicht zulassen, dass das Folterverbot durch sophistische Sprachregelungen (etwa eine vermeintliche Differenz zwischen „eigentlicher“ Folter und „bloßer“ Aussageerzwingung) unterminiert wird, die dazu dienen, die Grenzlinie zu verschieben oder zu verwaschen. Schließlich kann es sich der Rechtsstaat auch nicht leisten, dass unter Berufung auf mögliche oder tatsächliche Notlagen eine Grauzone entsteht, in der das Folterverbot nicht mehr unbedingt gilt. Die Achtung der Folter muss unzweideutig sein.³⁰

1 Vgl. die Neukommentierung von Artikel 1 Absatz 1 (Menschenwürde) durch Matthias Herdegen, in: Maunz/Dürig u.a. (Hg.), Grundgesetzkommentar (Ergänzungslieferung, München 2003). Herdegen hält es „im Einzelfall“ für möglich, „dass die Androhung oder Zufügung körperlichen Übels, die sonstige Überwindung willentlicher Steuerung oder die Ausforschung unwillkürlicher Vorgänge wegen der auf Lebensrettung gerichteten Finalität eben nicht den Würdeanspruch verletzen“ (Rdnr. 45).

2 Vgl. Petra Follmar/ Wolfgang Heinz/ Benjamin Schulz, Zur aktuellen Folterdebatte in Deutschland, Policy Paper des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Berlin 2003.
3 Vgl. Spiegel Online vom 11. Mai 2004.
4 entfällt

5 Zitiert nach Christian Tomuschat (Hg.), Menschenrechte. Eine Sammlung internationaler Dokumente zum Menschenrechtsschutz, Bonn 2. Aufl. 2002, S. 38. Dieselbe Formel findet sich auch in den Präambeln der beiden großen internationalen Menschenrechtspakte von 1966 (über burgerliche und politische bzw. über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte), die zusammen mit der Allgemeinen Erklärung von 1948 die sogenannte „International Bill of Rights“ bilden.

6 Auch im Falle einer unvermeidlichen Abwägung zwischen unterschiedlichen Menschenrechten besteht allerdings der Grundsatz, dass allen konkurrierenden menschenrechtlichen Ansprüchen im Rahmen des Möglichen maximale Geltung zu verschaffen ist.

7 Vgl. Artikel 7 in Verbindung mit Artikel 4 Absatz 2 des Internationalen Pakts über burgerliche und politische Rechte bzw. Artikel 3 in Verbindung mit Artikel 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Das absolute Folterverbot ist auch in anderen regionalen Menschenrechtskonventionen verbürgt. Es ist außerdem Bestandteil der Genfer Konventionen des humanitären Völkerrechts.

8 Artikel 2, Absatz 2 der Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen, zitiert nach Tomuschat (Hg.), a.a.O., S. 292.

9 Das Sklaverieverbot gehört ebenfalls zu den notstandfesten Menschenrechtsnormen. Bemerkenswert ist, dass die Afrikanische Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker von 1981 die Achtung der Sklaverei und das

Verbot der Folter in ein und demselben Artikel (nämlich Artikel 5) zusammen aufführt und damit auf die Ähnlichkeit der zugrundeliegenden Unrechtserfahrungen verweist.

10 Kant, Grundlegung zur Metaphysik der Sitte, Akademie-Ausgabe, Bd. IV, S. 429.

11-13 entfällt

14 Vgl. Winfried Brugger, Darf der Staat ausnahmsweise foltern?, in: Der Staat 35 (1996), S. 67ff.; Vom unbedingten Verbot der Folter zum bedingten Recht auf Folter?, in: Juristenzeitung 55 (2000), S. 165ff.

15 Vgl. Brugger, Vom unbedingten Verbot..., a.a.O., S. 165f.

16 A.a.O. S. 171f. (Hervorhebung von mir, H.B.).
17-21 entfällt

22 Vgl. Günther Jakobs, Bürgerstrafrecht und Feindstrafrecht, in: HRRS. Aufsätze und Urteilsanmerkungen, 2004 (Heft 3), S. 88ff.

23 Dies erinnert an Carl Schmitts Unterscheidung von Freund und Feind als dem Kriterium des Politischen. Vgl. Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, 2. erw. Aufl. von 1932, wiederabgedruckt mit drei Corollarien, Berlin 1963, S. 26.

24 Groteskerweise beruft Jakobs sich dabei auf Kant. Nicht nur überträgt er Kategorien, mit denen Kant den vorstaatlichen Naturzustand bestimmt, fälschlich auf den staatlichen Zustand; er verkennt außerdem, dass Kant selbst auch für den vorstaatlichen Naturzustand (zumindest prekäre) Rechtsverhältnisse unterstellt.

25 Vgl. dazu Wolfgang S. Heinz/ Stefanie Schlitt/ Anna Würth, Internationale Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte (Oktober 2001 – April 2003), Deutsches Institut für Menschenrechte 2003.

26 Jakobs, Bürgerstrafrecht und Feindstrafrecht, a.a.O., S. 92.

27 Das Feindstrafrecht charakterisiert Jakobs in einem früheren Aufsatz durch vier Komponenten: „weite Vorverlagerung der Strafbarkeit“, „keine der Vorverlagerung proportionale Reduktion der Strafe“, „Übergang von der Strafrechtsgesetzgebung zur Bekämpfungs-gesetzgebung“, „Abbau prozessualer Garantien“. Vgl. Günther Jakobs, Das Selbstverständnis der Strafrechtswissenschaft vor den Herausforderungen der Gegenwart (Kommentar), in: Albin Eser/ Winfried Hassemer u.a. (Hg.), Die deutsche Strafrechtswissen-schaft vor der Jahrtausendwende: Rückbesin-nung und Ausblick; Dokumentation einer Ta-geung vom 3. – 6. Oktober 1999 in der Berlin-Brandenburgischen Akademie, München 2000, S. 47ff., hier S. 51f.

28 Jakobs, Bürgerstrafrecht und Feindstrafrecht, a.a.O., S. 93.

29 Jakobs bekennt sich zwar zu den universalen Menschenrechten als einer rechtspolitischen Zielvorstellung (vgl. a.a.O., S. 95), bestreitet aber ihre verbindliche Geltung hic et nunc. Die Etablierung der Menschenrechte ist aber nur in einer Haltung der Achtung der allge-mienen Menschenwürde möglich, von der Jakobs gegenüber den „Feinden“ grundsätzlich dispensiert.

30 Damit das Folterverbot tatsächlich wirksam wird, sind außerdem konkrete rechtsstaatliche Institutionen erforderlich. Dazu zählen die verschiedenen Justizgrundrechte; das Verbot der Auslieferung oder Abschiebung von Menschen in Staaten, in denen sie dem Risiko der Folter ausgesetzt sind; der internationale Einsatz gegen die Straflosigkeit; schließlich der Ausbau präventiver Ansätze, wie sie etwa im jüngst entstandenen Zusatzprotokoll zur Anti-Folter-Konvention der Vereinten Natio-nen vorgesehen sind. Vgl. dazu Petra Follmar-Otto/ Hendrik Cremer, Das neue Zusatzproto-koll zur UN-Anti-Folter-Konvention. Policy Paper des Deutschen Instituts für Men-schenrechte, 2004.

Jahreshauptversammlung des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Samstag, 8. April bis Sonntag, 9. April 2006
Im Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12, in Frankfurt am Main

Samstag, 8. April:

- 12 Uhr Anmeldung, 12.30 Uhr Beginn der Tagung
- 1. Parteibildungsprozess der Linkspartei
- 2. Referat und Diskussion: Mindestlohn / Kombilohn / Hartz IV: Verschiedene Lohn- und Sozialsysteme in Europa (Vergleich England, Frankreich und Deutschland)
- 15–15.30 Uhr: Kaffeepause
- 3. Finanzbericht 2005, Bericht der Finanzprüfungskommission, Entlastung des Arbeitsausschusses
- 4. Politische Berichte: Bericht von Redaktion und Herausgeber, Auflagenentwicklung, Finanzbedarf; Wahl der Herausgeber und Redakteure
- 5. Beschlussfassung über den Haushalt 2006, Wahl von Präsidium, Arbeitsausschuss und Finanzprüfungskommission anschließend Abendessen

Sonntag, 9. April:

- 9 bis 12 Uhr (Kaffeepause ca. 10.45 Uhr): Gesellschaft, Gemeinschaft, Gottesbezug in der Religion, Freiheit von und Freiheit zur Religion

Abreise bitte erst ab ca. 13 Uhr planen! Änderungen im Ablaufplan sind möglich.

Präsidium der Arbeitsgemeinschaft

6. bis 9. April. Athen/Griechenland. Europäisches Sozialforum

14. bis 17. April, bundesweit: Ostermärsche

15. April. Strasbourg. Europaweite Demonstration für den Erhalt und Ausbau alternativer Lebensformen. Aus dem Aufruf: „Am Anfang einer europäischen Gemeinschaft können wir nicht zulassen, dass einige Mitgliedsstaaten diese Freiräume missachten und zunichten machen, sei es durch Polizeigewalt oder repressive Gesetzgebung.“ Aufrufer: u.a. selbstverwaltete Jugendzentren.

29. und 30. April 2006, Halle: 10. Parteitag der Linkspartei.PDS. Die 1. Tagung des 10. Parteitages wird sich mit einer Analyse der politischen Situation unter den Bedingungen einer großen Koalition, nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sowie nach der Kommunalwahl in Hessen befassen. Die Tagung soll Schlussfolgerungen für die Arbeit der Linkspartei.PDS, besonders für die 2006 noch bevorstehenden Wahlkämpfe zu den Landtagswahlen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und zur Kommunalwahl in Niedersachsen, ziehen. Neben dem Parteivorstand werden weitere Gremien der Linkspartei.PDS gewählt werden.

29./30. April, Ludwigshafen. Bundesparteitag der WASG.

29./30. April. Hamburg. „Kosten rebellieren II – Konferenz zum Thema Prekarisierung und Migration. Näheres www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/kosten.php.

1. Mai 2006. DGB-Motto: „Deine Würde ist unser Maß“

6. Mai. Berlin. Soziale Rechte in Europa – Provokation für den Neoliberalismus. 9.30 h bis 18 h in der ver.di Bundesverwaltung. Veranstalter: Europ.Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt. www.ejdm.de.

7. Mai, Würzburg. Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.

22. bis 26. Mai, Berlin: 18. Ordentlicher Bundeskongress des DGB: „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“.

24. Mai. Saarbrücken. 96. Deutscher Katholikentag. Motto: „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“.

17. Juni. Berlin. Linkspartei.PDS: Beratung der Landesvorsitzenden.

3. bis 6. August. Linke Sommerschule. Der Ort steht noch nicht fest.

22. August. Berlin. CDU-Grundsatzkongress

1./2. September, Rostock. Ostseefriedenskonferenz.

9. September, Zabeltitz (bei Risa). Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.

10. bis 15. September. Bayern. Papst Benedikt XVI. zu Besuch in Bayern.

7. Oktober. Berlin. Linkspartei.PDS: Beratung der Landesvorsitzenden.

4. November, Hannover. Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.

27./28. November. Dresden. CDU-Parteitag, Wahl Vorstand.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Land/Kom.	17.9.	5 Jahre
2007	Frühj.	Bremen	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Bremerhaven	Kommunal		4 Jahre
2008	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre

Quellen: www.bundeswahlleiter.de, Landeswahlleiter